

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidentiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Insertenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf.
Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw. 2 die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat 50 Pf., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Am den Yangtsekiang. Der Kampf in Süchina.

K. L. In Genf fahren sie auf, die Kanonen der Rede, und aus China großt herüber wieder einmal die Rede der Kanonen, Zeugnis ablegend von dem, was jene im Herzen tragen. Nie wieder Krieg — 5000 Tote an einem Tage: also redete Herr Briand — also redeten die englischen Kanonen des Kreuzers Kiawo. Seit Jahren toben in China die Kämpfe der Generale, die sich bald dieser, bald jener ausländischen Macht in die Dienste geben. Bald siegt der, bald jener, aber seit Jahren hinwegwiederum war keinem dieser Siege solch gewaltige Bedeutung beizumessen, trug keiner solch folgenreiche Keime in sich wie der, den die Armee der nationalrevolutionären Kantongregierung über die Truppen Wupeifus an den Ufern des Yangtsekiang errangen.

Der Schwerpunkt der Kämpfe hat sich damit von Norden nach dem Süden verlegt. Seit im April die von Fengguhsiang geführte Nationalarmee nach ihrer Niederlage durch den Japanförderling Tschangtschun und den englisch-amerikanischen Schützling Wupeifu Peking räumte und die für uneinnehmbar gehaltene Stellung des Kankapasses bezog, hatte sich der Kampf an der Nordwestfront stabilisiert. Fengguhsiang begab sich zu marxistischem Studium nach Moskau. Hier lohnte man diesen Eifer, indem man auf dem Wege über Urga (Mongolei) — Kalgan die Fongische Nationalarmee (Kuomintschun) mit Waffen, Munition usw. versorgte. In musterhafter Disziplin hielt die Kuomintschun den Kankapass, im Nordosten und Osten von Tschangtschun, im Süden durch Wupeifu bedroht. Brach dann und wann einmal erfolgreich gegen die „Alliierten“ vor (Teile von ihr nahmen sogar den Norden der Provinz Schansi in Besitz) und just nach solchen kleinen Erfolgen packte sie Mitte August ihre Sachen und räumte den Kankapass in Richtung Kalgan-Mongolei.

Chinas Provinzen



So erstaunlich dies Begebnis auf den ersten Moment für alle Welt war, den Schlüssel für diesen rätselhaften Rückzug gaben alsbald die Ereignisse an der Südf ront. Die Kantoner Nationalregierung hatte bereits in den letzten Monaten ihren Machtbereich über ihr ursprüngliches Gebiet der Südp rovinzen Kwangsi und Kwangtung auszuweiten vermocht. Gewiß hatte die Niederlage der Fongischen Nationalarmee vom Frühjahr auch die Stellung der Kantongregierung beeinträchtigt. Aber unter der geschickten Führung des Generals Tschiangkaifsch, der einige der allzu aufdringlichen von seinen russischen Beratern per Dampfer nach Moskau ab-schieben ließ, hatte man bereits im Juni den Süden der Provinz Hunan dem Einfluß Wupeifus zu nehmen verstanden. Am 12. Juli wurde Tschangtschun, die Hauptstadt der Provinz, erobert.

Den entscheidenden Schlag führte die Kantonarmee um den 10. August herum. Die Truppen Wupeifus wurden in Nord-hunan geschlagen, die Kantonesen rückten immer weiter vor, bis in die Provinz Szechwan, so daß Wupeifu persönlich vom Norden nach dem Süden eilte, um die Führung seiner Armee zu übernehmen. Trotz einer herangezogenen Verstärkung von, wie man meldete, 150 000 Mann vermochte Wu den Vormarsch der Kantonstruppen nicht aufzuhalten. Sie rückte in Supe, den Stützpunkt Wupeifus ein, die erste Kan-

Die nichtständigen Ratsitze.

Die Wahl der Ratsmitglieder.

(Nach Redaktionsluß eingetroffen.)

WVB, Genf, 16. September.

In der heutigen Vormittags-sitzung der Vollversammlung des Völkerbundes im Reformationsjahr wurden die folgenden 8 Staaten zu nichtständigen Ratsmitgliedern gewählt:

- Polen mit 45 Stimmen,
- Rumänien mit 41 Stimmen,
- Holland mit 37 Stimmen,
- Chile mit 43 Stimmen,
- China mit 29 Stimmen,
- Belgien mit 41 Stimmen,
- Kolumbien mit 46 Stimmen,
- Salvador mit 42 Stimmen.

Da nur acht Staaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten haben, wird in einem neuen Wahlgang das neunte Mitglied gewählt werden.

Im zweiten Wahlgang wurde die

Tschechoslowakei

als neuntes und letztes nichtständiges Ratsmitglied mit 27 Stimmen gewählt. Abgegeben waren ferner für Portugal 11 Stimmen, für Island 7 und für Island 4 Stimmen.

Einmündige Annahme der Kommissionsvorlage.

SPD, Genf, 16. September.

Am Mittwochnachmittag schloß sich die Vollversammlung des Völkerbundes den Vorschlägen der ersten Kommission über die Neueinstellung des Rates und die Wiederwählbarkeit an. In zwei Sitzungen wurden diese Vorschläge zu allem Ueberfluß noch einmal eingehend diskutiert, und so wurde die Vollversammlung im wesentlichen zu einer Wiederholung der Kommissionsberatungen. Der schweizerische Bundesrat Motta erstattete den Bericht der Kommission. Nach dem Vorschlag sollen jedes Jahr drei nichtständige Ratsmitglieder gewählt werden, die für die Dauer von drei Jahren im Amte bleiben. Der nichtständige Teil des Rates erneuert sich also jedes Jahr um ein Drittel seiner Mitglieder, so daß innerhalb drei Jahren eine völlige Erneuerung eintritt. Die Durchführung dieser Wahlordnung erfordert für die jetzige Wahl Uebergangsbestimmungen, damit z. B. schon im nächsten Jahre die Neueinstellung von drei Völkerbundmitgliedern zum Rat erfolgen kann. Infolgedessen werden drei Mitglieder nur für ein Jahr gewählt, und um den Wahlmodus auch für das übernächste Jahr

überzustellen, werden weitere drei Mitglieder nur auf zwei Jahre gewählt. Die Wahl erfolgt einheitlich durch eine Liste. Es besteht also für alle dadurch die Möglichkeit zu kandidieren. In Anbetracht dessen wird eine ganze Reihe von Kandidaturen aufzugeben, an die bisher nicht zu denken war.

In der Diskussion bezeichnete der schwedische Außenminister das Beratungsergebnis der Studienkommission als nicht befriedigend. Er habe seinen Widerstand gegen den Vorschlag der ersten Kommission trotzdem ausgegeben, um die Schwierigkeiten nicht zu vergrößern. Der kanadische Forster sprach nicht weniger als 30 Minuten. Er warnte vor allem vor der Gefahr einer ungerechten Verteilung der nichtständigen Sitze. Unter dem Beifall der Versammlung stellte er u. a. fest, daß die britischen Dominions trotz ihrer Größe und Bevölkerungszahl auf einen Ratsitz verzichteten. Er mußte sich aber während der Ueberlegung dahin farrigieren, daß Irland beschloßen hat, als Ratsmitglied zu kandidieren. Es war immerhin bemerkenswert, daß der irische Außenminister als folgender Redner sich über diese Kandidatur gar nicht äußerte.

Einen äußerst starken Eindruck machte die Rede unseres belgischen Genossen de Brouckere. In wirkungsvoller Weise gab er ein Bild der Arbeiten, die vom Völkerbund in den letzten Jahren durchgeführt wurden und von den großen Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Klarer ist selten von der Tribüne des Völkerbundes herab die Notwendigkeit für alle vertretenen Staaten nachgewiesen worden, nicht nur ihre nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen, sondern das hohe Interesse der gesamten Menschheit im Auge zu behalten. Was de Brouckere darüber sagte, fand den stürmischen Beifall der gesamten Versammlung, ebenso seine Verteidigung des Prinzips der Wiederwählbarkeit gewisser Staaten, deren Vertretung im Rate dem Frieden besonders dienlich erscheine. Diejenigen, die in den Rat gewählt würden, dürften sich nicht mehr als Vertreter ihres Landes betrachten, sondern als Repräsentanten der gesamten Menschheit.

In der Nachmittags-sitzung sprach noch der dänische Außenminister Moltke und der chinesische Delegierte. Der Vertreter Chinas wiederholte seine alte Forderung nach zwei nichtständigen Ratsitzen für Sien; falls dieser Wunsch unerfüllbar sei, verlange China einen dreijährigen nichtständigen Sitz. Darauf wurde das von der ersten Kommission vorgelegte Projekt einstimmig angenommen. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag vormittag 10 1/2 Uhr angesetzt.

SPD, Genf, 16. September. (Radio.)

Briand hatte am Mittwochnachmittag eine längere Unterredung mit den Staatssekretären Weismann vom preussischen Staatsministerium und Fänder von der Reichsangelei über Einzelfragen der Befugung und der Militärkontrolle.

tonarmee nahm sich Hankau, das Hauptquartier Wu, die zweite das gegenüberliegende Wutschang zum Ziel. Nach schweren Kämpfen gelang am 7. September die Eroberung von Hankau, Hanjan und Wutschang. Das größte Arsenal, die größte Waffen- und Munitionsfabrik Chinas in den Händen der Kantonstruppen! Die chinesische Revolution hatte einen gewaltigen Sieg errungen; Hankau, das den Shanghaier Handel kontrolliert, Hankau, dessen Besitz die Herrschaft über den Yangtse, die Verkehrsstraße für den chinesischen Außenhandel, bedeutet, dieses Hankau in den Händen der Kantongregierung. Ein Sieg der chinesischen Revolution, ein Schlag für den ausländischen Imperialismus.

Es war also an der Zeit, daß der seine Stimme erhob. Wupeifu, der bislang für englische Interessen stritt, war geschlagen; England also hatte zuerst das Wort. Dem war allerdings ein recht eigenartiges Geschick beschieden. Am 30. August hatte der Unterfeldherr Wupeifu, General Yangjen, der sich um die Zurückeroberung der Provinz Szechwan bemühte, am oberen Yangtse zwei englische Handelsschiffe „Wantung“ und „Wanhien“, beschlagnahmen und fünf englische Handelschiffsoffiziere gefangennehmen lassen, sich also gewissermaßen an dem Eigentum seines in letzter Instanz vorhandenen Chefs, England, vergriffen. Dieweil er sich weigerte, sie herauszugeben, erhielt der englische Hilfskreuzer „Kiawo“ den Befehl, die Schiffe zu befreien. „Am 5. September“, so teilt der amtliche Bericht des Londoner Auswärtigen Amtes mit, „wurde darauf die Befreiung der beiden englischen Rauffahrtsschiffe und der Offiziere der englischen Handelsmarine versucht. Die Chinesen erwiderten aber hierauf mit einem so heftigen Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, daß der Versuch aufgegeben wurde.“

So kam es zu dem Blutbad bei dem Orte Wanhien in der Provinz Szechwan. Das Eigenartige hierbei bestand eben darin, daß der englische Imperialismus hier in den Konflikt geraten war mit einem seiner Profuristen.

Was den eigentlichen Gegner des englischen Imperialismus, Kanton, betrifft, so hatte sich England hier erst recht nicht passiv verhalten. Schon vor der Einnahme von Hankau kam es zu Gefechten zwischen englischen sowie amerikanischen

Kanonbooten und den Kantonesen. Auf der Mole von Kanton ließ man auf Grund wohlverworbener Paragraphenrechte englische Kriegsschiffe auffahren, die ihre Geschütze geradezu auf die belebtesten Straßen von Kanton richteten. Inwieweit die ausländischen Kriegsschiffe überall in den Gang der Kämpfe eingegriffen haben, läßt sich mit Sicherheit von hier aus nicht feststellen. Jedenfalls waren bis zum 10. September in Hankau 15 fremde Kriegsschiffe eingetroffen: 5 amerikanische Kanonenboote, 3 englische Kreuzer, 4 japanische und 3 französische Kriegsschiffe. Dazu kommen die zahlreichen Kriegsschiffe, die auf dem Yangtse sich in Fahrt befinden. Auch die Expedition des englischen Kreuzers Hawkins galt wohl weniger dem General Yangjen als einem anderen Zwecke: den Stand der Ereignisse bei Hankau zu beeinflussen. Welche Orders die englischen Schiffe nunmehr erhalten haben, läßt sich den vorliegenden Nachrichten nicht entnehmen. Jedoch wird von dem Maße, wie der ausländische Imperialismus seine Kräfte mobil zu machen versteht und einzusetzen beliebt, nicht unberührtlich das weitere Schicksal des Vormarsches der Kantonarmee abhängen. Ein solches aktives Eingreifen der Auslands-mächte würde sich sicher leichter in kriegerische Bragis umsetzen lassen, wenn nicht eben zwischen ihnen verschiedene Gegenläufe beständen. Gewiß werden durch die Siege der Kantonstruppen die Interessen aller dieser Mächte beeinträchtigt, gewiß hat sich eine leise Annäherung zwischen China und Japan fühlbar gemacht, aber die Aufhebung des Gegen-satzes zwischen England—Amerika—Japan in Ostasien bleibt einstweilen unmöglich. Die Ströme von Blut, die jetzt den Boden Chinas abermals tränken, sie kommen auf das Schuldkonto der imperialistischen Mächte, just eben der, die jetzt in Genf schöne Reden halten lassen.

Das vorläufige Ziel der Operationen der Kantonarmee geht auf die Verbindung mit der nördlichen Nationalarmee aus, die, wie gesagt, den Kankapass und Kalgan wie auch den Norden von Schansi räumte, um sich durch die Provinz Szechwan südwärts zu bewegen. Fengguhsiang hat denn auch, ohne bei Bucharin und Kajanoff die atademischen Würden zu erwerben, seine Marxstudien in Moskau abgebrochen, ist in die Kuomintang und als Ehrenmitglied in die Kantoner Regierung aufgenommen worden. Gelingt die Verbindung, dann stehen in China Kämpfe gewaltigsten Ausmaßes bevor.

Dreie Bahn für die Aufrüstung!

„Sportfliegen“ der Reichswehr.

Von Gerhart Seger-Berlin.

Nun ist die deutsche Republik Mitglied des Völkerbunds und hat an den Aufgaben mitzuarbeiten, vor denen der Völkerbund selbst steht. Die wichtigste davon ist die internationale Abrüstung, ohne die der Völkerbund auf die Dauer gar nicht existieren kann, und an der gerade Deutschland am meisten interessiert ist. Dabei hat es für diese Aufgabe und seine Mitarbeit daran die denkbar stärkste Position, denn es kann als entwaflnetes Land den anderen gegenüber aufs nachdrücklichste die Forderung erheben, es ihm gleich zu tun. Es ist aber klar, daß sich Deutschland dieser starken Position in dem Augenblick beraubt, wo es seinen Eintritt in den Völkerbund und seiner Ebenbürtigkeit den anderen Mächten gegenüber zu einer Forderung nach Aufrüstung ausnutzt oder im eigenen Lande stillschweigend aufs nachdrücklichste die Forderung erheben, es ihm gleich zu tun. Es ist aber klar, daß sich Deutschland dieser starken Position in dem Augenblick beraubt, wo es seinen Eintritt in den Völkerbund und seiner Ebenbürtigkeit den anderen Mächten gegenüber zu einer Forderung nach Aufrüstung ausnutzt oder im eigenen Lande stillschweigend aufs nachdrücklichste die Forderung erheben, es ihm gleich zu tun.

Der Auswärtige Ausschuss und dann das Plenum des Reichstags nahmen ein Gesetz, vorgelegt durch den Reichsverkehrsminister, an, durch das die Ergebnisse der Pariser Luftfahrtverhandlungen dieses Jahres sanktioniert und die bisher bestehenden Beschränkungen für den Flugzeugbau aufgehoben wurden. Diesem Gesetz wurde in der Vorlage für den Reichstag eine Denkschrift des Reichsverkehrsministers Dr. Krohne vom 4. Juni 1926 angefügt, die eine nähere Betrachtung wert ist.

Jeder vernünftige Mensch wird begrüßen, daß durch die Pariser Luftfahrtvereinbarungen eine Reihe von Beschränkungen gefallen sind, die den technischen Fortschritt des Flugzeugbaues in Deutschland hinderten, so daß jetzt volle Parität in den Möglichkeiten des Ausbaues der Verkehrsflugzeuge zwischen allen Ländern besteht. Wir sind aber in Deutschland, und also ist es kein Wunder, daß die Pariser Vereinbarungen nicht nur aus technischen und wirtschaftlichen, sondern auch aus militärischen Gründen begrüßt und in ihrer Bedeutung unterstrichen werden. Man erfährt aus der Denkschrift unmittelbar und zwischen den Zeilen, wie sehr man neben den Bedürfnissen des friedlichen Luftverkehrs für die Bedürfnisse der Reichswehr georgt haben muß; vielleicht wären die Beschränkungen, die die Entente natürlich auf die Dauer nicht aufrechterhalten konnte, längst gefallen, wenn man bei den Verhandlungen nicht so viel mit militärischen Bedürfnissen gearbeitet hätte.

In der genannten Denkschrift des Reichsverkehrsministers wird mitgeteilt, daß die Völkervereinbarung der Entente die Baubeschränkungen für Flugzeuge fallen läßt, das Garantiekomitee juristisch und daß grundsätzlich auch die Sportflieger sich in Zukunft frei und ungehindert nach Maßgabe ihrer Bedürfnisse sich entwickeln kann, sie soll auch insbesondere durch Einräumung „hinreichlich Zahl und Ausbildung der Piloten“ nicht gehemmt werden können. Unter der Überschrift „Technische Hemmungen“ wird in der Denkschrift berichtet:

„Die Regelung für eigentliche Jagdflugzeuge kann unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Vertreter der Völkervereinbarung zunächst gegen diese Art von Flugzeugen (die ja auch mit friedlicher Verkehrsflugzeugen nicht das mindeste zu tun haben!) die schwerwiegendsten Bedenken geltend machten, als besonders günstig angesehen werden. Auch für den Bau von Jagdflugzeugen ist die konstruktive Freiheit grundsätzlich gewährleistet, so daß nunmehr alle Beschränkungen im Typenbau von Flugzeugen und Luftschiffen gefallen sind.“

Auch dieses Ergebnis der Pariser Verhandlungen kann man nur begrüßen, denn auf die sich militärisch ergebenden Gefahren müssen wir selbst acht geben, wir wollen nicht die Vollgelassene der Entente. Aber man spürt doch aus der Denkschrift deutlich das Verlangen heraus, daß es den Unterhändlern gelungen ist, die schweren Bedenken zu überwinden, und es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß gewisse Kreise in Deutschland gerade in der Richtung jener Bedenken der Entente arbeiten werden.

Daß sich auch die Stellen der Reichswehr für eine solche Betätigung lebhaft interessieren, beweist der entscheidende Absatz der Denkschrift, der die „Betätigung der Reichswehr- und Marineangehörigen im Sportfliegen (!)“ und der lautet:

Bundesrat Motta.



Der Berichterstatter der Studienkommission.

„Die Regelung dieser Frage hat besondere Schwierigkeiten gemacht und zeitweise die Verhandlungen in die Gefahr des Abbruchs gebracht. Die Delegation hat unausgesetzt und mit allen Mitteln versucht, die von den Vertretern der Völkervereinbarung mit größter Hartnäckigkeit geforderten weitgehenden Einschränkungen zu mildern und eine Erhöhung der Zahl derjenigen Reichswehr- und Marineangehörigen, die sich privatim dem Sportfliegen widmen dürfen, zu erreichen. Wenn auch anerkannt werden muß, daß das schließlich erzielte Ergebnis nicht als befriedigend angesehen werden kann, so ist doch hervorzuheben, daß auch die Völkervereinbarung auf ihrem Monate hindurch als unumstößlich bezeichneten Grundlag eines unbedingten Verbotes der Betätigung von Reichswehr- und Marineangehörigen im Sportfliegen in immerhin nicht unwesentlichem Umfang verzichtet hat.“

Angesichts der vorstehenden Sätze dieser Denkschrift muß man wirklich wieder einmal fragen, was sich eigentlich der deutsche Reichstag noch alles gefallen lassen wird. Die Verhandlungen über die notwendigen Erleichterungen im zivilen Luftverkehr werden mehrmals der Gefahr des Abbruchs nahegebracht, weil sich die deutsche Delegation anscheinend in erster Linie für die „privaten“ Sportbedürfnisse der Reichswehr eingekauft hat! Deshalb riskiert man, daß die Beschränkungen für die deutsche Verkehrsflugfahrt vielleicht nicht aufgehoben worden wären oder zum mindesten noch erheblich länger bestanden hätten! Nach diesem verblüffenden Eingeständnis des Reichsverkehrsministers ist nur zweierlei möglich: entweder war dieses Verhalten der deutschen Delegierten von einer grenzenlosen Trottelhaftigkeit, dann müßte die Reichswehr bei der Wichtigkeit des Gegenstands für den beteiligten Herrschaften beschäftigten und Vorkehrungsmaßnahmen für zukünftige Fälle treffen; oder der deutschen Delegation war in der Tat die „Sportfliegererei“ der Reichswehr das wichtigste bei den Verhandlungen, und die Bedürfnisse der notleidenden Verkehrsflugfahrt waren nur die Kulisse für die Dessenlichkeit. Daß die „privaten“ „Sportflieger“ der Reichswehr in Wirklichkeit verkappte Verkehrsflugführer für den kommenden Krieg sind, wird dann niemand bezweifeln, wenn man erfährt, daß wegen ihrer Ausbildung die ganzen Luftfahrtverhandlungen aufs Spiel gesetzt wurden.

Soll Deutschlands Völkervereinbarungspolitik im Zeichen der Aufrüstung beginnen? Soll vielleicht die Ausbildung der Reichswehr in der modernsten Waffe der Welt Deutschlands Beitrag zu dem kommenden Kampfe um die Abrüstung der Welt sein?

Der Stahlhelm als Retter der Fememörder.

SPD. Berlin, 16. September. (Radio.)

Der Vormarsch veröffentlicht einen Brief, den ein Majoratsbesitzer Granach von Cranzow an den Stahlhelmführer Duesterberg in Halle gerichtet hat, um eine große Aktion zugunsten der wegen Fememordes in Mecklenburg zum Tode verurteilten Mörder des Panzer in die Wege zu leiten. Das Schreiben verwendet sich vor allem für einen gewissen Wschentamp, der bei Granach als Feldflugbeamter angestellt war. In dem Schreiben heißt es dann wörtlich:

„Am 1. Oktober 1925 erschien hier in meiner Abwesenheit die Berliner Kriminalpolizei auf einem Auto und verhaftete ihn. Es ergab sich, daß Wschentamp in den Döberitzer Fememord verwickelt war. Wschentamp gehörte der schwärzen Reichswehr an. In vaterländischer Begeisterung hatten sich die jungen Leute geschworen, der Entente gegenüber Verwundbarkeit zu wahren. Verräter sollten nicht lebend die Reihen verlassen.“

Ein gewisser Panzer floh von der Truppe, wurde von der Polizei in Berlin verhaftet und der Truppe in Döberitz wieder ausgeliefert. Ihrem Schwur gemäß sollte Panzer nicht wieder lebend entkommen und erhielt gerade Wschentamp von dem Kompanieführer durch den Feldwebel den Befehl, dies auszuführen. Wschentamp hat darauf nach vielem Widerstreben und innerlichem Widerstreben dem Panzer mit der stumpfen Seite eines Beils einen Schlag auf den Kopf gegeben, hat darauf das Beil entsetzt weggeworfen und sich schauernd fortgewandt. Panzer war durch den Schlag betäubt und verlor sich wieder hochzurichten. Der Mord wurde dann von den anderen vollendet. Nach erfolgtem Tode gab der Feldwebel dem Wschentamp einen neuen Befehl, bei der Einsharrung der Leiche zu helfen. In dieser Tatsache hat das Schwurgericht eine fortgesetzte Handlung erblickt und das Vorliegen eines bereuten und ausgeübten Mordversuchs verneint.

Wschentamp wurde zum Tode verurteilt, die Revision beim Reichsgericht am 13. d. M. verworfen. Damit sind alle vier jungen Soldaten endgültig zum Tode verurteilt. Nur ein Gnadengesuch kann sie retten.

Es kommt darauf an, sie möglichst vor lebenslänglichem Zuchthaus zu wahren und das fürchterliche Unrecht (!!) zu verhüten, daß diese jungen Leute, deren Motiv Vaterlandsliebe war, ebenso bestraft werden wie der gräßliche Luft-Massenmörder Haarmann aus Hannover. Ich stelle Ihrem Urteil anheim, ob es angezeigt ist, in öffentlichen Versammlungen des Stahlhelms und dergleichen die Volksmassen für die Sache zu interessieren. Vielleicht ist es aber richtig, erst einmal den Erfolg unseres Gnadengesuchs abzuwarten, um die Behörden künftig vor dem Vorwurf zu bewahren, dem Druck der Rechtsgelehrten gewichen zu sein. Ich bitte Sie ergebenst, in der Bundesleitung des Stahlhelms zu prüfen, was unternommen werden kann, um die vier jungen Soldaten vor dem Henker und lebenslänglichem Zuchthaus zu retten. Jedenfalls dürfte es richtig sein, möglichst viel Gnadengesuche mit Massenunterschriften an den Herrn preussischen Justizminister einzureichen.“

Dieses Schreiben sandte Duesterberg an die Bundesleitung des Stahlhelms zur Weitergabe an bestimmte deutschnationale Reichstagsabgeordnete, wobei er dazu bemerkte: „Es muß alles geschehen, es handelt sich um vier Menschenleben. Männer, die um schändes Geld unfre militärischen Pläne dem Feind verraten haben und hierdurch den Tod von Tausenden verursachten, spricht man frei, und diesen armen Teufeln will man ans Leder.“

Es ergibt sich somit klar und deutlich, daß sich der vorgenannte Stahlhelmführer zusammen mit deutschnationalen Reichstagsabgeordneten als Schlichter und Retter von Fememördern betätigt. Die preussische Regierung wird aber wissen, wie sie Gnadengesuche mit Massenunterschriften für die Fememörder nach diesem Schreiben zu bewerten hat.

Befestigtes Verbot. Mitte Juli hatte der Oberpräsident der Provinz Sachsen die in Erfurt erscheinende nationalistische Wochenchrift Echo Germania wegen grober Beschimpfungen der Republik auf einen Monat verboten. Die dagegen vom Verleger und von dem Schriftleiter eingereichte Beschwerde ist jetzt vom Staatsgerichtshof auf Kosten der Beschwerdeführer als unbegründet verworfen worden. Die Entscheidung wurde gleichzeitig für endgültig erklärt.

Wie in ihnen der ausländische Imperialismus hier seine Interessen wahrnehmen lassen wird, das kann mit Gewißheit noch niemand sagen. Gerade weil Wupeifu so entscheidend aufs Haupt geschlagen worden ist, kann man hier mit allen möglichen Überraschungen rechnen. Und auch die Gefahren eines aktiven Eingreifens des ausländischen Imperialismus bleiben bestehen.

Nicht viel unwesentlicher als hiervon wird der Vormarsch der Kantonesen von der Haltung Suntschuanfangs beeinflusst. Ein Blick auf die Karte belehrt, daß die Planfeststellung Suntschuanfangs der Kantonomie viel zu schaffen macht. Suntschuanfang, ein ehemaliger Unterfeldherr Wupeifus, hat sich im Mai mit seinen Provinzen Kiangsi, Fukien, Tschekiang, Kiangwei und Kiangsu selbständig gemacht und nahm bisher eine ziemlich abwartende Haltung ein. Seine Herrschaft über diese Provinzen ist freilich sehr lose fundiert, die über Fukien und Kiangsi steht wohl nur auf dem Papier. Es ist nun in der Provinz Kiangsi bereits zu Kämpfen zwischen Suntschuanfang und den Kantonesen gekommen, die für diese erfolgreich waren. Wenn die Kantonomie den Vormarsch auf die Provinzen Suntschuanfang einhält und ihr ihre Eroberung glückt, dann wäre die Macht der Kantonomie ungeheuer gewachsen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich hinter Suntschuanfang England stellt.

Die chinesische Nationalrevolution, die jetzt ihre Siege erfocht, ist die Revolution der aufstrebenden Bourgeoisie. Wie 1848 in Deutschland marschiert Schulter an Schulter mit der jungen Bourgeoisie das chinesische Proletariat. Die Beziehung zwischen diesen Klassen nimmt insofern eine andere Form an, weil China eine Kolonie des ausländischen Imperialismus ist. Aber diese Revolution ist doch nicht die Revolution des Proletariats, trotz Moskau, über dessen Rolle in China an dieser Stelle noch in den nächsten Tagen gesprochen werden soll. Die Früchte dieser Revolution fallen letzten Endes der Bourgeoisie in die Hände. Wie sie sie pflücken wird, ob, da ihr die Befreiung vom Auslandsimperialismus einstweilig nicht gegeben ist, in einer Teilung der Beute mit dem ausländischen Imperialismus oder anderswie, das kann man jetzt nicht sagen. Nicht zuletzt wird der Ausgang der augenblicklichen Kämpfe dies bestimmen. Aber schon jetzt sehen wir den Prozeß der Klassenbildung sich in China abspielen. Auf das Jahr 1848 folgte in Deutschland das Jahr 1849, auf den gemeinsamen Kampf zwischen Bürgertum und Proletariat gegen den Feudalismus folgte der Verrat des Bürgertums, folgte letzten Endes der unerlöschliche Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Und vor diesem Gesicht bleibt auch die Ausmühtung nicht bewahrt: wir sehen schon jetzt die Auseinandersetzungen in dieser Partei. Dann werden die heutigen Nachhader der Kantonomie gegen das Proletariat stehen, durch das sie heute ihre Siege ausfechten lassen. Dann wird auch der in Kanton stehende Emissär Moskaus, Herr Borodin, sich zu entscheiden haben, und er wird sich entscheiden, wie die Stalin und Bucharin in Rußland sich schon längst entschieden haben: gegen das Proletariat. Dann wird das chinesische Proletariat den Kampf aufzunehmen haben gegen die Feinde im eigenen Lande. China aus den Klauen des Imperialismus zu lösen, diese Aufgabe wird restlich erfüllt mit dem Sieg des Sozialismus. Bis dahin bekämpfen wir ihn, indem das Proletariat dem Kapitalismus im eigenen Lande die Stirn bietet.

Aus dem Femesumpf.

Der Fall Zahnte. — Ein Meineid Buchraders.

SPD. Der Fememorduntersuchungsausschuss des Preussischen Landtags nahm am Mittwoch noch einmal zu dem Fall des deutschnationalen Abgeordneten Zahnte Stellung, da zwischen der zugehenden Aussage Zahntes und der Bekundung des Zeugen Schmidt verschiedene Widersprüche aufgetreten waren. Zunächst wollte der Ausschuss von einer Vernehmung des Zeugen Schmidt Abstand nehmen. Schließlich aber gab er dem Drängen kommunistischer und demokratischer Mitglieder nach und beschloß, den Zeugen Schmidt doch zu vernehmen und danach eine weitere Beschlußfassung zum Fall Zahnte herbeizuführen.

Der 23jährige Kunstgewerbetler Karl Schmidt, ein ehemaliger Unterführer der Organisation Consul, behauptet, er habe durch Major Buchrader Kenntnis davon erhalten, daß der deutschnationale Landtagsabgeordnete Zahnte dabei war, als zwischen Mitgliedern der DC über Attentatspläne gegen Ebert, Stresemann und Severing beraten worden ist. Mit Buchrader habe er am 28. September 1923 im Auftrage der DC zu verhandeln gehabt. Ich hatte, erklärte Schmidt, die Aufgabe, festzustellen, inwieweit Mitglieder der DC am Rüstziner Putsch beteiligt waren. Das Ergebnis meiner Feststellungen habe ich dem Vorstande in einem Briefe mitgeteilt. Dieser Brief wurde verschickt mit der Unterschrift Buchraders versehen. Als Gefahr bestand, daß dieser Brief an die Öffentlichkeit kommen werde, gab Buchrader eine eidesstattliche Versicherung darüber ab, daß der Briefinhalt nicht stimmt. Ich bin leider heute gezwungen zu erklären, daß diese eidesstattliche Versicherung falsch ist.

Bei der Besprechung der Attentatspläne versichert Schmidt, sei auch der Bruder Buchraders, der Reichswehroffizier Buchrader aus Ludwigsburg, gewesen. Es habe sich bei der Sitzung, an der Zahnte teilnahm, um die maßgebende Besprechung zur Festsetzung des Termins für das Vorklagen gehandelt.

Auf eine Frage des Abg. Schwerin (Ztr.) erklärte Schmidt: Zahnte hat keineswegs die Rolle eines bloßen Zuschauers gespielt. Wohl sei in dem erwähnten Brief von den Namen Zahntes nicht ausdrücklich die Rede. Es sei vielmehr die Bezeichnung „Verbindungsmanu mit der Reichsanstalt“ gebraucht worden, das aber sei Zahnte gewesen.

Die Vernehmung Schmidts wird am Donnerstag fortgesetzt. Ebenso soll Zahnte im Anschluß daran noch einmal Gelegenheit zu einer Erklärung gegeben werden. Am Freitag will der Ausschuss den Major Buchrader vernehmen, der sich zur Zeit auf der Festung Gollnow befindet.

Eine Geheimkonferenz der Randstaaten.

SPD. Riga, 14. September.

Die Moskauer Presse veröffentlicht eine angebliche Pariser Meldung, daß zwischen den Regierungen von Polen, Finnland, Lettland und Estland auf Verlangen Polens eine geheime Konferenz der Außenminister vereinbart worden sei, die in Genf während der Völkervereinbarung zusammentreten soll. Auf dieser Konferenz sollen die Beziehungen der Nachbarstaaten zur Sowjetunion und die Frage der Garantieverträge behandelt werden. Gegen eine Teilnahme Rumaniens hätte sich Einspruch geltend gemacht. Gleichzeitig teilt die offizielle lettische Telegraphenagentur mit, daß die Anregung zur Einberufung einer Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten von Lettland ausgegangen sei. Der Tag des Zusammentretens der Konferenz werde nach gegenseitiger Vereinbarung festgelegt werden. Eine Anregung, die Konferenz in Genf abzuhalten, sei von Lettland aus nicht erfolgt.

Die Typhus-Epidemien 1925/26.

Das soziale Elend als Nährboden des Typhus.

Von Dr. Julius Moses.

„Epidemien gleichen großen Warnungstafeln, an denen der Staatsmann von großem Stil lesen kann, daß in dem Entwicklungsgange seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen darf.“
Rudolf Virchow.

Als im Sommer 1925 in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Typhus-Epidemien ausbrachen, hat die preussische Regierung eine Sitzung des Landesgesundheitsrats (Ausschuss für Seuchenbekämpfung) einberufen, die sich mit einigen Fragen der Seuchenbekämpfung zu beschäftigen hatte. Die ungeheuren Schäden, die der Typhus der Volksgesundheit schlägt, und die großen Verluste, die diese Krankheit, die heute noch wenigstens 10 Prozent Sterblichkeit aufweist, dem Bevölkerungsbestande zufügt, lassen es, so hoch es in der Begründung eines dem Landesgesundheitsrat vorgelegten Gesetzentwurfs, der auch den Typhus verdracht ansteckend machen sollte, dringend wünschenswert erscheinen, daß die Vorkehrungen, die zur Verhütung einer Weiterverbreitung des Typhus getroffen werden müssen, so früh wie irgend möglich einzusetzen.

In dem Bericht, den der Obermedizinalrat Prof. Dr. Lenz dem Landesgesundheitsrat erstattete, beklagte er sich darüber, daß von den Typhusepidemien „in den Zeitungen so viel Wesens gemacht“ werde, daß „alarmierende Nachrichten durch die Presse verbreitet worden seien.“ Das ist eine merkwürdige Stellungnahme eines der ersten Beamten des preussischen Gesundheitsministeriums! In Hannover ist die Erregung der Bürgerlichkeit gegen den Magistrat gerade deshalb so groß, weil viel zu spät eingegriffen worden ist, die Zeitungen haben sich gerade für Hannover ein besonderes Verdienst erworben, daß sie „alarmierende Nachrichten“ verbreitet haben, in der Erkenntnis, daß gerade die Presse die Pflicht hat, die Behörden zu stoßen, wenn alleinig das Gefühl vorhanden ist, daß von ihnen nicht rechtzeitig und nicht schnell genug der Weiterverbreitung solcher Epidemien Einhalt geboten worden ist! Wie gefährlich eine solche Epidemie sein kann, dafür gibt den besten Beweis die Typhus-Epidemie in Antkum vom Sommer 1923: bei 325 Erkrankungen 30 Todesfälle, also 12 Prozent!

In der Diskussion über den Bericht des Herrn Lenz im Landesgesundheitsrat wurde von verschiedenen Seiten auf die traurigen Wohnungsverhältnisse, namentlich in den kleineren und mittleren Städten, hingewiesen und auf die Tatsache, daß die hygienische Entwicklung mit dem Bevölkerungszuwachs nicht gleichen Schritt gehalten habe und der „Abbau auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege in einer Weise von manchen Kommunen durchgeführt werde, die man nicht mit Unrecht in der Debatte als „Rückgang unserer gesamten hygienischen Kultur“ bezeichnet hat.

Wie oft sind nicht schon Regierungen und Kommunen darauf hingewiesen worden, daß kein Geld an sich vorzuziehen ist, als das, was für die Aufrechterhaltung der Gesundheit unserer durch den Krieg so schwer heimgegangenen Bevölkerung ausgegeben wird. Es wäre in der Tat hoch an der Zeit, daß einmal das Reichsgesundheitsamt, das ja ins Leben gerufen ist, um die Reichsregierung in allen gesundheitlichen Maßnahmen zu beraten, eine Rechnung aufmachen würde, wieviel Reich, Länder und Kommunen alljährlich an Ausgaben für Krankheit, Sickness, Unfall, Tod zu verzeichnen haben infolge ungenügender hygienischer Vorbeugungsmaßnahmen und daß an Hand der Zahlen dem Reich, Ländern und Kommunen einmal gezeigt würde, wieviel Milliarden alljährlich verpulvert werden, weil man immer erst dann Maßnahmen ergreift, wenn es zu spät ist und die Folgen der Unterlassungssünden bereits in die Erscheinung getreten sind.

In Hannover er nun ist die Zahl der Typhusfälle auf weit über 1000 angewachsen. Ob bei all diesen Fällen die Diagnose als gesichert zu betrachten ist, läßt sich von hier aus nicht beurteilen! Aber eines hat man mir auf meine Anfrage von durchaus einwandfreier und glaubwürdiger Seite aus Hannover berichtet: der weitestgehende Teil der Typhusfälle ist in der Altstadt und im Arbeiterviertel Linden zu verzeichnen, d. h., daß wieder einmal, wie immer bei Seuchen, die arbeitende Bevölkerung die größten Opfer zu bringen hat! Gerade in der Altstadt und im Stadtteil um die Leine herum sind Wohnungsverhältnisse, die jeglicher Kultur und Hygiene spotten: in den Höfen ein infernalischer Gestank! Nur dort Abortanlagen für alle Bewohner des Hauses! Dazu eine Bevölkerung, die unter den traurigsten sozialen und wirtschaftlichen Notizen dieser Zeit ganz besonders zu leiden hat!

Gewiß, Schuld an solchen Epidemien trägt zunächst die Einschleppung von Typhusbazillen, besonders durch Genuß roher Milch aus infizierten Wolkereien; Mißstände in der Milchverjüngung! Mißstände in der Kanalisation, der Abfuhr u. a.! Aber gibt es nicht bei allen Epidemien noch andere Faktoren, die die Epidemien steigern, verbreiten, ihnen einen noch gefährlicheren Charakter verleihen? Und ist es nicht eine alte Erfahrung, daß alle Infektionskrankheiten eine viel leichtere Arbeit haben, wenn sie eine übermäßig geschwächte Bevölkerung treffen, noch dazu bei solcher Wohnungsnot, bei solchem Mangel an Arbeitslosigkeit, Armut, Elend, schlechter Verdienst, mangelhafter Ernährung, vernachlässigter Kinderpflege usw., das sind Dinge, die der Entschleunigung und Verbreitung von Epidemien den günstigsten Nährboden abgeben! Das hat die Geschichte aller Epidemien bewiesen: „Die Geschichte der Seuchen in der Neuzeit wie im Altertum hat uns die Lehre erteilt, daß ein Daniederliegen der Volksernährung dem Ausbruch katastrophaler Volkskrankheiten häufig voranzugehen pflegt!“ (Rubner.)

Als der junge Rudolf Virchow um die Revolutionszeit des Jahres 1848 herum von der preussischen Regierung nach Oberschlesien geschickt wurde, um an Ort und Stelle den Typhus zu erforschen, hat er der preussischen Regierung einen Bericht gegeben, in dem er die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und Entstehungsurachen des Typhus aufgedeckt hat. Mißwirtschaft, schonungslos, aber wohl kaum jemals ein Mann der ärztlichen Wissenschaft einer Regierung ihre Sünden am Volke vorgehalten. Auch der Umfang der Typhusepidemie in Hannover und anderen Orten Deutschlands sollte endlich allen Behörden im Reich, in den Ländern und den Kommunen Veranlassung geben, unheilbaren Zuständen ein Ende zu bereiten, nicht erst dann, wenn unendliche Opfer an Menschenleben gebracht sind und das Nationalvermögen um Millionen und Milliarden geschädigt ist.

Die Lage in Hannover.

SPD. Hannover, 15. September.

Mittwoch, abends 5 Uhr, betrug die Zahl der in den Krankenhäusern der Stadt Hannover untergebrachten Typhustranken 1212. Die in der vorigen Woche von Fachleuten ausgesprochene Erwartung, daß die Epidemie am Dienstag etwa ihren Höhepunkt er-

reicht haben würde, scheint nicht in Erfüllung zu gehen; am Mittwochabend sind wieder zahlreiche neue Kranke eingeliefert worden. Die öffentlichen Impfstellen, in denen die Schutzimpfung unentgeltlich vorgenommen wird, werden derartig befüllt, daß die Bevölkerung keine stehen muß.

MTB. Hannover, 15. September.

In den fünf Orten des Landkreises Linden, auf die, wie gemeldet, der Typhus übergegriffen hat, wurden bisher 14 Erkrankungen gemeldet. Man rechnet mit einer weiteren Ausdehnung der Seuche.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion im preussischen Landtag hat eine Große Anfrage eingebracht, die vom Staatsministerium energisches Eingreifen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie verlangt, vor allem Klärung der Ursache der Epidemie und Errichtung einer dauernden Kontrolle der Wasserverföhrung der Stadt Hannover. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß trotz wiederholter Aufforderungen in der Debatte, das aus dem Rüdinger Quellgebiet kommende Wasser genau zu untersuchen, die Stadtverwaltung die Bevölkerung bisher immer wieder mit der Erklärung beruhigt habe, daß das Rüdinger Wasser nur in harmloser Weise verunreinigt sei. Wie harmlos die Verunreinigung ist, zeigt jetzt die Typhusepidemie.

Die Lage in Magdeburg.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Magdeburg sind im Laufe des Mittwoch zwei weitere Typhusfälle zur Anzeige gekommen, so daß sich die Gesamtzahl der Erkrankten auf 22 beläuft. Leider ist jetzt auch der erste Todesfall zu verzeichnen. Die übrigen Erkrankten befinden sich vorläufig außer Lebensgefahr, und die meisten sind auf dem Wege der Besserung.

Ausbreitung des Paratyphus in Duisburg.

Im Laufe des Mittwoch haben sich die Fleischvergiftungen in Duisburg auf 65 Fälle ausgedehnt. Dem Gesundheitsamt werden täglich weitere Erkrankungen gemeldet. Nach den bisherigen Verläufen besteht für keinen der Erkrankten Lebensgefahr.

Typhus in Mähren.

In letzter Zeit tritt, wie aus Prag gemeldet wird, der Typhus in verschiedenen Orten Mährens in bedrohlichem Umfang auf. Betroffen sind besonders die Olmüher und die Prosnjager Gegend.

Scharlachepidemie in Warschau.

Wie die Berliner Morgenblätter melden, hat die Scharlachepidemie in Warschau derartig um sich gegriffen, daß jetzt bereits 751 Scharlachranke in den Warschauer Krankenhäusern liegen. Mindestens ebensoviele Kranke befinden sich in privater Pflege.

Choleraepidemie in Litauen.

Nach einer Meldung der Litauischen Rundschau ist in Seduva die Cholera ausgebrochen. 300 Personen sind bereits erkrankt.

Ausföhrungen nationalisistischer Rowdys.

SPD. Seit der Räumung der Kölner Zone haben sich die rechtsradikalen Bände vor allem das unbefestete Rheinland zu ihrem Kummelplatz ausgesucht. So veranstalteten sie am vergangenen Sonntag in Brühl, dem Städtchen im linksrheinischen Braunkohlengbiet, einen sogenannten „Deutschen Tag“. Hierbei kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Nationalisten und Anhängern der Republik. Die nationalisistischen Radikalen überfielen Angehörige des Reichsbanners und rissen ihnen ihre Abzeichen ab. Im Laufe des Nachmittags verfuhrte eine Rote, das Verkehrsministerium der freien Gewerkschaften zu klären, da die Nationalisten dort die Vertreter der englischen Bergarbeiter vorzufinden vermuteten, die im Kölner Bezirk für die Unterföhrung der englischen Bergarbeiterschaft waren. Auch Anhänger des Windthorstbundes und Mitglieder des katholischen Gesellenvereins wurden von den nationalisistischen Jünglingen belästigt. Eigenartig berührte es, daß die Polizei bei diesen Ausföhrungen wenig oder gar nicht eingriff. Während bei Kundgebungen der verfassungstreuen Verbände wiederholt die Kölner Schutzpolizei aufgeboten wurde, hatte sie bei diesem „Deutschen Tag“ keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen.

Ein billiges Vergnügen.

SPD. Nach wie vor können die Monarchisten der mildesten und wohlwollendsten Behandlung durch die Gerichte sicher sein. Ganz besonders in Bayern. Vor dem Schöffengerichte Erlangen hatte sich dieser Tage das Mitglied des Heimat- und Königsbundes, der Techniker Bergl, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamteneinbeziehung zu verantworten. Nach seiner Geburtstagsfeier für den ehemaligen Kronprinzen Ruprecht geriet Bergl mit Schulheuten zusammen, da er auf den Straßen laut lärmte. Als die Beamten seine Personakten feststellen wollten, ließ er sich zu Tätslichkeiten hinreißen. Auf der Polizeiwache schlug und trat der Königsbändler mit Händen und Füßen gegen die Schutzleute. Außerdem legte er sich mit Ausbrüchen wie „Halunken, Vagel, Schuste, Lausbuben“ usw. Troß alledem kam er mit einer Geldstrafe von 45 Mark davon, anscheinend weil das Gericht von der Erwägung ausging, daß es sich bei Bergl lediglich um die Betätigung einer durch Alkohol gesteigerten monarchisistischer Gesinnung gehandelt hat. Angesichts solcher „Strafen“ braucht man sich aber nicht zu wundern, wenn die nationalisistischen Rowdys täglich frecher und brutaler auftreten.

Der Abbau im Reichsfinanzministerium.

Wie der Demokratische Zeitungsbienst hört, sind im Reichsfinanzministerium aus Anlaß der Durchführung der Umorganisation sieben weitere Ministerialräte in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Es handelt sich um Beamte, die aus den Restämtern vom Ministerium übernommen worden sind. Soweit als möglich soll versucht werden, ihnen ein neues Arbeitsgebiet zu überweisen. Eine weitere Vereinfachung des Verwaltungsapparates wird im übrigen mit der für den 1. April 1927 vorgesehenen Auflösung des Reichsentscheidungsamtes stattfinden, für das diesmal im Etat noch rund 500 Beamtenstellen bewilligt werden müssen. Weiter teilt das Reichsfinanzministerium mit: In einem Teil der rechtsstehenden Presse wird der Vorwurf erhoben,

daß die Personalverminderung im Reichsfinanzministerium politische Zwecke verfolge. Demgegenüber wird mit allem Nachdruck erneut festgestellt, daß die Umföhrung des Ministeriums nach strengster Prüfung ihrer tatsächlichen Notwendigkeit lebhaft vollzogen ist, um die für eine Zentralstelle unerläßlich Straffheit der Organisation und Zusammenfassung der Arbeiten für die kommenden Aufgaben sicherzustellen. Nur unter diesen Gesichtspunkten steht auch die bei der Umföhrung eingetretene Personalverminderung. Die getroffenen Maßnahmen sind in keiner Weise von politischen Erwägungen beeinflusst.

Daran sollte man doch in Anbetracht der ausgezeichneten Beziehungen, die der Demokrat Reinhold zu den Industriellen unterhält, nicht zweifeln.

Neuer französischer Protest in Rom.

Paris, 15. September.

Agence Havas meldet aus Rom: Der französische Geschäftsträger hat einen dritten Schritt bei dem Generalsekretär der Consulta unternommen, um wegen Zwischenfällen zu protestieren, die sich vor den französischen Konsulaten in Livorno und Triest infolge des Attentats auf Mussolini ereignet haben.

Wie Havas aus Rom meldet, hat der Generalsekretär der Consulta der französischen Regierung durch den französischen Geschäftsträger das Bedauern der italienischen Regierung über die Zwischenfälle in Livorno und Triest zum Ausdruck bringen lassen.

TI. Vatikan, 16. September.

Der Telephonverkehr mit Triest steht unter Zensur und ist sogar zum Teil völlig unterbunden. Nach den hier vorliegenden Nachrichten dauerten die Unruhen in Triest bis gestern Mittag an. Es besteht die Gefahr, daß der Belagerungszustand über die Stadt verhängt wurde. Zwischen den Faschisten und Karabinieri kam es wiederholt zu schweren Zusammenföhrungen. Die Kämpfe nahmen bisweilen außerordentlich scharfe Formen an. Nach zuverlässigen Meldungen sollen bei diesen Kämpfen zehn Faschisten getötet worden sein; die Zahl der Verwundeten ist sehr groß.

Zusammenkunft Briands mit Mussolini.

SPD. Paris, 16. September. (Radio.)

Das Echo de Paris meldet aus Genf, daß in dortigen italienischen Kreisen man sich einer Unterredung zwischen Briand und Mussolini sehr günstig zeige. Es besteht aber alle Aussicht, daß diese Besprechung nicht in Genf stattfinden wird. Das Programm der Besprechung würden die Probleme des Mittelmeeres, Tunis, Tanger, dann die Frage von Abyssinien bilden.

Die holländischen Sozialisten bei der Parlamentsöffnung.

SPD. Amsterdam, 15. September.

Die sozialdemokratischen Fraktionen der ersten und zweiten Kammer beschlossen, von dem bisher geübten Fernbleiben von der Parlamentsöffnung mit der Erklärung der Thronrede durch die Königin Abstand zu nehmen. Sie beteiligen sich an der feierlichen Eröffnungsfeier, um auch bei dieser Gelegenheit die Bedeutung der sozialistischen Arbeiterbewegung im politischen Leben des Landes zum Ausdruck zu bringen.

Liberaler Wahlsieg in Kanada.

MTB. Ottawa, 15. September.

Bei den kanadischen Parlamentswahlen wurden gewählt 118 Liberale, 90 Konservative, 7 Fortschrittliche, 11 liberale Fortschrittler, 11 Vereinigte Farmer von Alberta, 4 Arbeiter und 1 Unabhängiger. Drei Ergebnisse stehen noch aus, sie werden aber an dem Siege der Liberalen nichts mehr ändern können. Nach einer Neuerneuerung haben sechs konservativ Minister ihre Sitze verloren.

Schreckensurteile gegen lettische Kommunisten.

SPD. Riga, 14. September.

Das Revolver Kriegsgericht verurteilte den ehemaligen Leiter der sogenannten „Lettischen Arbeiterpartei“, den Kommunisten Abramson, wegen Beteiligung an illegalen kommunistischen Organisationen zu 8 Jahren Zwangsarbeit. Zwei weitere Angeklagte dieses großen lettischen Kommunistenprozesses erhielten ebenfalls 8 Jahre Zwangsarbeit, während die Leduinaherin, die den Vertreter der 3. Internationale verborgen gehalten hatte, sogar zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Einer der Angeklagten kam mit 3 Jahren Festungshaft davon.

Der russische Oberste Volkswirtschaftsrat.

Moskau, 16. September.

Die Moskauer Presse veröffentlicht die neue Zusammensetzung des Obersten Volkswirtschaftsrats, dessen Mitgliederzahl auf 85 erhöht worden ist. Unter den Mitgliedern befinden sich Pjalatow und Trozki. Trozki's Name erscheint aber nicht mehr unter den Mitgliedern des Präsidiums, sondern nur noch in der dritten Kategorie als gewöhnliches Ratsmitglied. An der Spitze des aus 10 Mitgliedern bestehenden Präsidiums steht Kuidischew. Zu dessen Vertretern sind Koiring, Kuchimowitsch und Lobow ernannt worden.

Milderung der Maßnahmen gegen die spanischen Offiziere. Der spanische König hat einen Erlaß unterzeichnet, durch den sämtliche Artillerieoffiziere, die sich sofort auf die erste Aufforderung hin den Behörden unterwerfen haben, von den gegen die übrigen Offiziere ihrer Waffe verhängten Strafmahnahmen ausgenommen werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Johannes Frey in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Hugo Schöpfand in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Für die Abonnenten des Ost- und Südostbezirks liegt der heutigen Nummer ein Prospekt vom Kauhaus Gebr. Bergmann, L. Volkmarstraße, Eisenbahnstr. 84, bei.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Beachten Sie die Schaufenster der Herrenhutgeschäfte!

Gewerkschaften und Erwerbslose.

Starke Gewerkschaften sind Voraussetzung ausreichender Erwerbslosenfürsorge!

Arbeitslosenschutz und Arbeitsmarktpolitik.

Von Franz Spiedt, Berlin.

Der Schutz der Arbeitslosen ist in der Sozialpolitik der jüngste Zweig, der sich gegen sehr viel größere Hemmungen durchsetzen mußte, als z. B. die Kranken- und Unfallversicherung. Stolz schon das Prinzip der Invaliden- und Altersversicherung (1889) auf die grundsätzliche Abneigung der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftstheoretiker, um wieviel mehr die Forderung nach einem solidarisches von der Allgemeinheit getragenen Schutz vor den Folgen der Arbeitslosigkeit. Das Individuum sollte sich sein Leben „selbstverantwortlich“ zimmern. Niemand, am wenigsten der Staat, dürfe ihm die Verantwortung für sich und seinen Lebensunterhalt abnehmen. Das war Fundamentalsatz des Kapitalismus. Kollektivismus, Gemeinschaftsverantwortung, vom Staat getragene Hilfe war „Sünde wider den heiligen Geist“. Darum für den Arbeitenden keine tarifvertragliche oder gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages, sondern Einzelvertrag zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer. In dieses Vertragsverhältnis sollte nichts Drittes, weder Gesetz noch gewerkschaftliche Vereinigung, hineingeredet haben. Aus dem gleichen Grunde auch für den Arbeitslosen kein geregelter systematischer Schutz durch Versicherung oder Staat. Rechte der Arbeitslose hungernd von Tür zu Tür Arbeit suchen! Es gab weder ein Unterstützungsrecht, noch bei der Arbeitsvermittlung eine klar durchdachte Arbeitsmarktpolitik. Kam es ganz schlimm, so mußte das Armenamt, wenn nicht gar das Arbeitshaus, vor dem Allergrößten schlingen.

Die Vorkriegszeit konnte weder die allgemeine Erwerbslosenfürsorge noch eine wirtschaftlich vernünftig organisierte Arbeitsvermittlung. Der Unternehmer verzichtete auf eine auch für ihn zweckmäßige Arbeitsmarktpolitik, weil sie ein Zusammenarbeiten mit den verhassten Gewerkschaften bedeutete hätte. Er wollte die Arbeitsvermittlung in seiner Hand haben. Darum schuf er entweder seine einseitigen Unternehmernachweise oder er zwang die Arbeitslosen, an seinem Fabrikator um Arbeit zu betteln. Damit wollte er zugleich den politisch oder gewerkschaftlich mißliebigen Arbeiter, den „Organisierten“, von dem er das Aufwiegen „seiner“ Arbeiter fürchtete, von seinem Betrieb fernhalten. Soweit die Gewerkschaften stark genug waren, schufen sie sich eigene Arbeitsnachweise oder zwangen die Unternehmer, gemeinsam geleitete paritätische Arbeitsnachweise anzuerkennen. Aber dies gelang fast nur in den handwerklichen Berufen. Die Großindustrie mit ihren vielen ungelerten Arbeitern konnte sich gegen den Gewerkschaftsnachweis wehren; den gemeindlichen Nachweis ignorierte sie und baute eigene Nachweise, die zu sehr bösen Maßregelungsbureaus wurden. So mangelte es an einer für die Gesamtwirtschaft zweckmäßigen Arbeitsvermittlung, weil der Arbeitsnachweis selbst Kampfinstrument war.

Eine allgemeine unterstützende Fürsorge für den Arbeitslosen gab es noch viel weniger. Die Gewerkschaften hatten sie schon 1902 auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress gefordert. Aber man ging mit einem Aufseufzen über diese Forderung hinweg. Unterstützung der Erwerbslosen bedeutete eben für Regierung und Unternehmer Revolutionierung aller Staats- und Gesellschaftsbegriffe, bedeutete Anerkennung „des Rechtes auf Faulheit“. Die Arbeiter würden überhaupt nicht mehr arbeiten. Eine solche Versicherung sei zudem weder finanziell noch technisch durchführbar, weil dieses Risiko keine Versicherung tragen könne. Dabei blieb es. Rechte der Arbeitslose sehen, wie er sich mit seinem „gottgewollten“ Schicksal abfand.

Was der Staat als durchaus unmöglich verweigerte, hatten die Gewerkschaften inzwischen für ihre Mitglieder mit Mut und Energie selbst angepakt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ein Zweig der gewerkschaftlichen Versicherung. Zunächst nur von einigen Gewerkschaften in bescheidenem Umfang aufgenommen, gewann sie sehr schnell große Bedeutung. Im Jahre 1891 wurden von deutschen Gewerkschaften 200 000 Mark für arbeitslose Mitglieder verausgibt. Davon entfiel noch der größere Teil, 144 000 Mark, auf die Hilfe-Unterstützung. Ein Jahrzehnt später wurden schon fast zwei Millionen Mark ausgegeben und 1911 über sieben Millionen Mark. Im Jahre 1913 war diese Ausgabe bereits auf 14 Millionen und 1914 gar auf fast 25 Millionen Mark angewachsen. Die Tat der Gewerkschaften hatte bewiesen, daß versicherungstechnisch eine Unterstützung der Erwerbslosen sehr wohl möglich war. Trotzdem lehnten Regierung und Unternehmertum die allgemeine Durchführung der Erwerbslosenunterstützung nach wie vor ab.



Ohne gewerkschaftliche Organisation: Konkurrenzkampf um jede Arbeitsstelle.

Erst die Nachkriegszeit hat Wandel geschaffen. Einmal durch die infolge der außerordentlich großen Not der Nachkriegszeit unabwendbar gewordene Notwendigkeit, einen durchgreifenden Schutz zu gewähren und zweitens durch den Druck der erstarkten Arbeiterbewegung. Was man vor dem Kriege strikte verweigert hatte, mußte man nun durchführen. Die völlig veränderten Verhältnisse zwangen nicht nur, eine allgemeine unterstützende Erwerbslosenfürsorge anzuerkennen, sondern auch methodisch Arbeitsmarktpolitik zu treiben. Der Unternehmernachweis hörte auf, dergleichen, abgesehen von den Nachweisen der Angestellten, der gewerkschaftliche Nachweis. An ihre Stelle trat nunmehr der wesentlich veränderte und ausgebaute gemeindliche Arbeitsnachweis. Er wurde zum öffentlichen Arbeitsnachweis, an dessen Führung Gewerkschaften und Unternehmerverbände paritätisch beteiligt sind.

Aber sowohl der unterstützende wie auch der vorbeugende Arbeitslosenschutz ist durchaus noch nicht gesichert. Wenn auch die Unternehmer angesichts der öffentlichen Meinung nicht offen die Arbeitslosenunterstützung bekämpfen, so wirken doch immer noch die lohnpolitischen Erzwängungen von früher nach. Gerade der Kampf

Die Treue zur Organisation

ist die Voraussetzung eines jeden Aufstiegs der Arbeiterklasse. Ohne diese Treue, die jede Hemmung, jeden augenblicklichen Mißmut überwindet, ist der Arbeiter der Unternehmervillie schutzlos preisgegeben. Viele Arbeiter, die für diese Treue erst halb gewonnen waren, die ihr noch egoistisch widerstreben, haben sie wieder preisgegeben. Sie haben die größte Schuld, daß die Unternehmer die Arbeitsmarktkrise zu Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung ausnützen konnten und können.

Doppelte Treue

ist jetzt Aufgabe der Gewerkschaftsleiter. Sie müssen alle Werkzeuge einsetzen, um die Abgefallenen wiederzugewinnen. In einem hat sich durch die Revolution nichts geändert: alle Macht, die die Arbeiterklasse je und je haben wird, beruht auf der Stärke ihrer Organisationen. Die Organisation stärkt heißt also:

Macht gewinnen!

Macht gewinnen heißt: die Ausfichten für den Tageskampf um Lohn und Arbeitszeit, um Schutz für Gesundheit und Leben der Arbeitenden, um ihren Anteil an geistiger und materieller Kultur erhöhen. Macht gewinnen heißt: die Vorbedingungen schaffen für die Befreiung der Ausgebeuteten vom Druck der Ausbeutung überhaupt. Macht gewinnen heißt schließlich:

Aufstieg zum Sozialismus.

um die Höhe der Unterstützung und um die Umbildung der derzeitigen Erwerbslosenfürsorge zu einer Arbeitslosenversicherung zeigen immer wieder die verhasste Gegnerschaft weiter Unternehmertreue. Ebenso sind wir hinsichtlich einer methodischen Arbeitsmarktpolitik vielfach noch nicht über die bloße prinzipielle Anerkennung hinausgekommen. Wohl hat der Unternehmer seinen Arbeitsnachweis aufgehoben, aber viele Arbeitgeber verharren noch in der Ablehnung des öffentlichen Arbeitsnachweises; sie ziehen es immer noch vor, den Arbeiter zum Umschauen, zum Laufen von Tür zu Tür zu zwingen.

Um so größer ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Hat die Arbeiterbewegung das Prinzip der Unterstützung der Erwerbslosen durchgesetzt, so muß sie nun den Ausbau des Systems zu einem auch wirklich genügenden Schutz erzwingen. Weil methodische Arbeitsmarktpolitik und Systematik der Arbeitsvermittlung und des Arbeitsausgleichs unerlässliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskraft sind, werden auch hier die Gewerkschaften alle Kraft einsetzen müssen, um eine befriedigende Lösung zu erzielen.

In welchem Maße die Gewerkschaften diese Aufgabe erfüllen können, hängt schließlich aber von der Masse der Arbeiter selbst, nämlich von ihrer Stellung zur Gewerkschaft, ab. Gelingt es endlich, alle Arbeiter zu überzeugen, daß nur der feste Zusammenschluß aller in den Gewerkschaften zur Lösung dieser so tief in das Leben des Arbeiters eingreifenden Fragen führt, so wird sich diese Lösung sehr bald finden lassen. Verharren aber große Massen in Gleichgültigkeit, so wird der Weg um so länger und die Lösung weniger befriedigend sein.

Die Haltung der englischen Regierung.

SPD. London, 16. September. (Radio.)

Ministerpräsident Baldwin ist am Mittwochabend von seinem Ferienaufenthalt in Frankreich nach London zurückgekehrt. Die für Donnerstag vorgesehene Kabinettsitzung kennzeichnet den kritischen Moment im Bergbaukonflikt. Sie soll die Entscheidung bringen, ob die Regierung daran festhält, den Unternehmern gegenüber auf nationale Verhandlungen zu bestehen, oder ob sie unter dem Druck der Unternehmer den von Churchill vertretenen Standpunkt aufgeben wird. Letzteres würde nach Auffassung des Daily Herald die Regierung so schwer diskreditieren, daß eine Kabinettsitzung als Folge nicht ausgeschlossen wäre.

Die Bankangestellten zum 25jährigen Bestehen des IGB.

Mit Stolz und Genugtuung blicken heute Millionen von Arbeitern auf ihre Organisationen, die sie sich in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit gegen die Angriffe der Unternehmer und der Regierungen geschaffen haben. Organisatorisch wie auch geistig durch ein unzerbrechbares Band sozialer wie politischer Erscheinungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung miteinander verbunden, kämpft die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft national wie auch international gegen ihre Unterdrücker, für den sozialen Aufstieg und unverfälschte Menschenrechte. Was in den 25 Jahren internationaler Arbeiterbewegung errungen wurde, durch die einzelnen Arbeitergewerkschaften in den einzelnen Ländern, konnte nur errungen werden durch die zunehmende Erkenntnis der Klassenlage. Die wirtschaftlichen, politischen wie auch kulturellen Erscheinungen in der verflochtenen Zeitspanne konnten ihre Wirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse nicht verfehlen. „Das wirtschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein.“

Die Tatsache, daß sich in den einzelnen Ländern die Arbeiterschaft immer strecker und zahlreicher organisierte, hat nicht zu allererst auch maßgebend eingewirkt auf die Kopfarbeiter, wozu die Bankangestellten zu rechnen sind. Die Feler des 25jährigen Bestehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sich Amsterdam, ist darum nicht nur ein bedeutender Zeitabschnitt für die manuelle Arbeiterschaft, sondern es wird in diesen Tagen besonders die freigewerkschaftlich organisierte Bankangestelltenchaft freudig gestimmt sein und ihr Gelübnis, an der Seite der übrigen Hand- und Kopfarbeiter gegen den internationalen Kapitalismus zu kämpfen, erneuern.

Wenn heute bereits in den größeren Bankplätzen die freigewerkschaftliche Bankangestellten-Organisation, d. i. der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, geistig wie auch zahlenmäßig, führend ist, so wünschen wir uns nicht darüber, daß in den kleineren Plätzen Tradition, direktoriale Beeinflussung, Vorherrschendheit und bürgerliche Ideologie das Aufkommen und die Verbreitung des freigewerkschaftlichen Gedankens erschwert. Und gerade diese Kreise, die selbstverständlich auch noch zum Teil in den Großbankzentren angetroffen sind, werden sagen, „was geht uns der Internationale Gewerkschaftsbund an?“ Bekümmert euch um unsere Angelegenheiten. Not, Sorge und Elend gibt es zur Genüge im eigenen Lande und da habt ihr alle Hände voll zu tun, um Linderung zu schaffen.“ Ganz besonders werden die „Anrentwegen“ im Lager der Bankangestellten bei dieser Gelegenheit ihre „nationale Bestimmung“ betonen und die Zweckmäßigkeit des internationalen Zusammenschlusses bestreiten, die gewerkschaftliche Organisation aller Arbeitnehmer des Bankgewerbes zurückzuführen wollen auf ihre ureigenste Aufgabe, Tarife mit dem Reichsverband der Bankstellen abzuschließen, in Schlichtungsverhandlungen die Notwendigkeit einer Revision von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu betonen.

Sicherlich sind es heute und morgen in erster Linie unsere Aufgaben, die Sorgen und Nöte abzustellen. Wird aber dadurch die Aufgabe aus der Welt geschafft, daß neben all diesen Notwendigkeiten uns eine nicht wegzuleugnende Schicksalsgemeinschaft mit allen Berufsgenossen, mit allen Arbeitnehmern des Landes, mit allen Hand- und Kopfarbeitern der ganzen Welt verbindet? In Deutschland, in Frankreich, in Italien, in England, kurz in allen Ländern der Welt sind die Arbeitnehmer — und die Bankangestellten können sich davon nicht ausnehmen — die Ausbeutungsobjekte der Unternehmer, der Handels- und Fabrikherren und der Bankdirektoren. Es sind gerade die Bankangestellten, die tagtäglich feststellen können, daß die „nationalen Belange“ nur ein Lippenbekenntnis sind, berechnet für die „die da eben nicht alle werden“. Das Wirtschaftssystem im Weltmarkttage in seinen Zusammenhängen und Gedankengängen betrachtet, wird jedem halbwegs aufmerksamen Beobachter mit elementarer Bucht die enge Verbindung der Kapitalisten einhämmern. Erst vor wenigen Wochen haben deutsche und französische Unternehmer miteinander verhandelt, wie sie am besten gemeinsam Geld verdienen können. So, wie diese Kreise schon längst nicht mehr danach fragen, wenn sie ein Geschäft machen können, ob dabei die „nationalen Belange“ berührt werden oder nicht, so sollte auch die Bankangestelltenchaft insgesamt einsehen, wie enorm wichtig der organisatorische Zusammenschluß und die internationale Verbindung aller Hand- und Kopfarbeiter heute tatsächlich ist. Die internationalen Verbindungen des Kapitals bestimmen zweifellos heute im gleichen Maße das Schicksal der Arbeitnehmer des Bankgewerbes, wie irgendeine Schlichtungsverhandlung im Reichsarbeitsministerium. Gam.

Japan ratifiziert den Kinderbesch.

Der Generalsekretär des Völkerbundes teilte dem Internationalen Arbeitsamt mit, daß er die amtliche Ratifikation der japanischen Regierung betr. das Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zu gewerblicher Arbeit eingetragenen hat. Dieses Übereinkommen ist nunmehr von 14 Staaten ratifiziert, und zwar von: Belgien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Estland, Großbritannien, Griechenland, Irland, Japan, Lettland, Polen, Rumänien, Schweiz, Tschechoslowakei. — Deutschland hat noch nicht ratifiziert!

Der nächste Internationale Buchdruckerkongress soll im August 1927 in Paris stattfinden.



Die Erwerbslosenunterstützung: der Sieg eines gewerkschaftlichen Prinzips.

Sächsische Angelegenheiten

Maßlose Forderung des Hausbesitzes.

Der deutschnationale Stadterordnete Baumeister Großmann aus Dresden, der sich selbst als Führer der Hausbesitzer bezeichnet, hat vor einiger Zeit auf dem Sächsischen Baugewerbetag in einer Rede den Hausbesitzerstandpunkt in bezug auf Wohnungswirtschaft und Mietpreisbildung in so brutaler Weise zum Ausdruck gebracht, daß diese Ausführungen verdienen, auch in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu werden.

Herr Großmann behandelte zunächst die Frage:

„Was ist unter angemessenem Mietpreis zu verstehen und kann infolgedessen nicht als Mietwucher im Sinne des § 49a des Mietrechts bezeichnet werden.“

Die Antwort darauf gibt er durch die Feststellung, daß sich über diese Frage die Sachverständigen, die im Verband der behördlich verpflichteten Sachverständigen vereinigt sind, sowohl auf ihrer Hauptversammlung in Leipzig, als auch in der darauf folgenden Vorstandssitzung in Dresden am 28. Juni d. J. ausgesprochen haben und zu nachstehendem Beschlusse gekommen sind:

1. „Mieten, die nicht höher sind als eine Prozentige Verzinsung der Neubaulosten zuzüglich des Wertes der Baustelle (etwa zwei Drittel des Friedenswertes) können nicht als Wuchermiete angesehen werden. Als Neubaulosten sind für alle Häuser in diesem Falle die Herstellungskosten abzüglich einer angemessenen Abschreibung anzunehmen.“
2. Die heutige jährliche Neubaumiete setzt sich zusammen aus der heute üblichen Verzinsung des Anlagekapitals zuzüglich 2 Prozent (?) Abschreibung der Baukosten und zuzüglich der Bewirtschaftungskosten.“

Herr Großmann erläuterte nun den Beschluß der Sachverständigen folgendermaßen:

Die Sachverständigen waren nach erfolgter Aussprache alle der Meinung, daß der Mieter nur Anspruch auf einen Mietpreis hat, der den Unkosten gleichkommt, die er aufwenden mußte, wenn er sich die Räume in gleichem Umfange und derselben Lage selbst schaffen müßte, wenn er sich also eine Baustelle kauft und das Gebäude mit solchen Räumen darauf errichtet. Da bei älteren Gebäuden nicht ohne weiteres die Neubaulosten angenommen werden können, so sind die Sachverständigen der Meinung, daß bei älteren Häusern das Alter und die Abnutzung durch eine angemessene Abschreibung berücksichtigt werden muß. Die Kosten für die Baustelle haben die Sachverständigen dabei mit zwei Drittel des sogenannten Friedenspreises angenommen.“

Wenn sich die Sachverständigen wirklich so ausgesprochen haben, wie Herr Großmann darlegte, muß ihre Auffassung nicht nur als total falsch, sondern auch als sehr gefährlich bezeichnet werden, da dadurch allerdings dem Mietwucher für Wohnungen und Gewerberäume Tür und Tor geöffnet werden. Baumeister Großmann gibt selbst zu, daß sich diese Ausführungen im schroffen Gegensatz zu den Ansichten der Sachverständigen der Wohnungsämter befinden, die sich meist dahin äußern, daß der Hausbesitzeranteil von 60 Prozent der Friedensmiete ausreiche zur Deckung der Unkosten in der Hausverwaltung und zur völligen Instandhaltung. Uns fehlt jedes Verständnis für die Stellung der von Großmann erwähnten Sachverständigen und auch dafür, daß bei Neubauten eine Abschreibung von 2 Prozent zugebilligt, also mit einer Lebensdauer der neuen Häuser von 60 Jahren gerechnet wird, während z. B. die Bauabteilung des Dresdner Wohnungsamtes bei Gewährung von Baugelddarlehen bei neuen Wohnungen mit 1 Prozent Tilgung rechnet.

Die von uns schon immer vertretene Anschauung, daß man gegenüber dem Gutachten solcher Sachverständiger aus den sogenannten Fachkreisen die größte Vorsicht anwenden muß, wird hier wieder einmal besonders geträffelt. Baumeister Großmann findet sich mit der Bewertung des Baugeländes mit zwei Drittel des Friedenspreises ab und macht dabei kein schlechtes Geschäft, da heute die zwei Drittel eine sehr reichliche Berechnung darstellen. Wenn er weiter mit einem Neubauder von 180 (Friedenszeit gleich 100) rechnet, so ist das wieder zu hoch, da nach den Mitteilungen der Reichsstellen im Juli der Bauindex 162,4 war.

In zwei Beispielen demonstriert dieser Hausbesitzervertreter, wie hoch für die Wohnung im Neubau und im älteren Hause der „angemessene Mietpreis“ sein müsse. Seiner Berechnung legt er in beiden Fällen ein Miethaus mit einem Friedenswert von 100 000 Mk. und einen Friedensmieteertrag von 8 000 Mk. zugrunde. Im Neubau berechnet er den Bodenpreis mit 20 000 Mk. und die Baukosten mit 70 000 Mk. in der Vorkriegszeit, und errechnet, daß die heutigen Baukosten das 1,8fache der Vorkriegszeit betragen sollen, 126 000 Mk. Neubaulosten, mithin die Gesamtanlagekosten, Grundst.- und Baukosten mit 146 000 Mk. Diesen Betrag mit 9 Prozent verzinst, ergibt einen Zinsdienst von 13 140 Mk. Dazu kommen noch die bisherige Abschreibung zugehörigen 47 Prozent der Friedensmiete für Hausverwaltung, Betriebskosten, große und kleine Instandsetzungsarbeiten mit 2820 Mk., von 15 960 Mk. errechnet.

Das ist das 2,6fache der Friedensmiete und bedeutet, daß eine Wohnung im Neubau von 70 Quadratmeter Größe, für die in der Friedenszeit 510 Mk. festgesetzt waren, nunmehr jährlich 1356 Mk.

Miete bringen müßte. Es ist nicht unbekannt, daß ein solcher Betrag für ungemein viele Haushaltungen das gesamte Jahreseinkommen darstellt. Hier gibt Baumeister Großmann mit seinem Exempel ungewollt die Bestätigung für die immer von uns vertretene Ansicht, daß die sogenannte freie Wohnungswirtschaft und der Wohnungsbau ohne Darlehen aus öffentlichen Mitteln keine Wohnungen für die Minderbemittelten schaffen kann, da die Mietpreise unerträglich sind.

Ganz toll mühen die Pläne der Hausbesitzer an, deren Sprachorgan Großmann doch ist, in bezug auf „angemessene Miete“ im älteren Hause, also der Altmietung, an. Hier errechnet Herr Großmann bei einem Grundstück von 100 000 Mk. Friedenswert und einer Friedensmiete von 6000 Mk. im Jahr, eine Steigerung um das 2,4fache, also einen notwendigen Mietertrag von 14 340 Mk.

Die 70-Quadratmeter-Wohnung von 510 Mk. Friedensmiete würde nunmehr 1224 Mk. Miete kosten. Sie kann noch höher zu stehen kommen, da in den Berechnungen die Mietzinssteuer noch nicht berücksichtigt ist. Brutaler können doch Hausbesitzerinteressen nicht vertreten werden. Baumeister Großmann und einem ungeheuer großen Teil der Hausbesitzer ist es mit diesen Forderungen sehr ernst. Sie kümmern es nicht im geringsten, ob derartige Mieten für Minderbemittelte und Volkswirtschaft tragbar sind.

Der Hausbesitz läßt also durch Großmann nochmals verkünden, daß er nicht nur kein in der Vorkriegszeit angelegtes Eigenkapital um 100 Prozent aufgewertet haben will, sondern diese 100prozentige Aufwertung soll sich nach Abzug einer mäßigen Abschreibung auf das gesamte Anlagekapital des Hauses erstrecken. Dabei soll das so zu Unrecht aufgewertete Kapital noch mit 13 bis 15 Prozent verzinst werden. Für den Hypothekengläubiger soll es aber bei der Aufwertung mit 25 Prozent verbleiben und auch bei der mäßigen Verzinsung von jährlich 3,4 und 5 Prozent, die in den Jahren 1926 bis 1928 geleistet wird. Woher die Hausbesitzer ein solches Recht auf geradezu glänzende Geschäfte herleiten, ich unbegreiflich. Der Hausbesitzer soll doch mit seinem Eigenkapital nicht glänzender gestellt werden wie jeder andere Hypothekengläubiger. Dabei steht er sich immer noch besser wie der Sparer, der sein Spartkapital nur mit 12½ Prozent aufgewertet bekommt.

Der im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium tätige Oberregierungsrat A. Hoppe sagt in seinem Buch „Die Finanzierung des Wohnungsbaus und die Wohnungswirtschaft der Zukunft“ über den Zinsdienst des Hausbesitzes mit vollem Recht:

„Dem Hausbesitzer gebührt Ertrag der Zinsen, die er für aufgewertete Hypotheken zu zahlen hat; zugleich hat er für das Eigenkapital, das er, sei es als Kaufmann, sei es für Hypothekenzahlung, sei es für bauliche Verbesserungen in dem Hause, angelegt hat, die gleichen Zinsbeträge zu beanspruchen, wie sie die Hypothekengläubiger zu erhalten haben. Er wird also hinsichtlich der Aufwertung seinen Hypothekengläubigern vollkommen gleichgestellt, das, nicht mehr noch minder, entspricht der Billigkeit.“

Der Hausbesitz kann nicht bestreiten, daß er nach der in Sachsen getroffenen Regelung über die Aufwertungssteuer im bis zu 60 Prozent belasteten Hause mit den 60 Prozent der Friedensmiete nicht nur alle Unkosten decken kann, sondern auch je nach der Höhe der Belastung eine Verzinsung seines Eigenkapitals mit 5,6 Prozent bis 10,3 Prozent erzielt, sich also wesentlich günstiger wie die Hypothekengläubiger stellt. Bei den in der Vorkriegszeit stark belasteten Grundstücken ist die Verzinsung in den meisten Fällen nur sehr geringfügig geringer wie bei den weniger belasteten Grundstücken. Um hier die Verzinsung des Eigenkapitals zu errechnen, müßte in jedem Einzelfall festgestellt werden, wieviel Hypotheken ohne Aufwertungsopfer abgestoßen sind, und welche Preise für Häuser, die in der Inflationszeit gekauft wurden, gezahlt sind. Bei vielen werden es nur wenige Mark gewesen sein.

Wenn auch Herr Großmann in seinen weiteren Ausführungen darlegt, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen nun nicht gleich die oben dargelegte Miete verlangt werden könne, sagt er aber doch, daß der Hausbesitzeranteil zunächst mindestens 100 Prozent der Friedensmiete betragen müsse. Dazu käme noch der Betrag für die Mietzinssteuer. Wenn also heute Mietverträge, besonders mit Gewerbetreibenden abgeschlossen würden, könne er nur anraten, mindestens 140 Prozent der Friedensmiete zu fordern. Die Gewerbetreibenden, die ja bei Wahlen oft ihre Stimme für die deutschnationale Partei abgeben, seien also gewarnt.

Der Vortragende wußte noch manches über die Wohnungswirtschaft zu sagen, so unter anderem auch, daß die Wohnungsnot nicht so groß sei, wie vielfach von den Wohnungsämtern dargestellt werde, die mitunter durch eine falsche Auslegung der Wohnungszählungen die Wohnungsnot mehr oder weniger künstlich konstruieren. Als Beweis dafür glaubt er Dresden anführen zu müssen, wo nach angeblichen „Untersuchungen“ des Allgemeinen Hausbesitzervereins Dresden der Fehlbetrag an Wohnungen viel geringer sein soll, wie das Wohnungsamt auf Grund einer im Mai 1925 vorgenommenen Zählung festgestellt hat. Es ist anzunehmen, daß die „Untersuchungen“ der Hausbesitzerorganisationen in anderen Orten ebenso fehlerhafte und falsche Resultate zeigten, wie das in Dresden der Fall ist.

Dieser herbeite Hausbesitzervertreter und zugleich Geschäftsmacher für das spekulierende Bauunternehmertum sagt uns auch,

warum nicht sofort gebaut werden müßte. Er legt dar, daß Beilegung der Wohnungsnot Gefährdung der Profitrate bedeutet.

„Beim Fehlen von Wohnungen werden für die neuerrichteten Wohnungen höhere Preise bewilligt, als wenn Wohnungen leer stehen.“

meint dieser Gemütsmensch und sagt weiter: „Das Bauen müssen wir jederzeit unterstützen, damit Arbeit geschaffen wird. Es hat aber auch das seine Grenze, da wie sehr daran interessiert sind, ob wir für das zu errichtende Bauwerk auch unser Geld bekommen.“

Er meint damit eine ausreichende Verzinsung im Sinne seiner obigen Errechnungen. Herr Großmann will auch die Senkung der Baukosten und nennt als Mittel dazu mit die Herabsetzung der Löhne im Baugewerbe, erwähnt aber nichts von der Senkung der Baustoffpreise und Herabsetzung der Unkostenlage der Handwerkermeister, die heute bis zum dreifachen der Friedenslöhne gehen. Natürlich wendet Großmann auch gegen die angeblich unerträgliche steuerliche Belastung (Grundsteuer, Gewerbesteuer), und erhebt ausgerechnet gegen den Staat, der doch gerade dem Grundbesitz soweit entgegengekommen ist, den Vorwurf, daß er auf die Wirtschaft, soll in diesem Fall Grundbesitz heißen, keine genügende Rücksicht nehme.

Die Mieter in Wohnungen und Gewerberäumen sind hiermit gewarnt, sie haben alle Veranlassung, sich den maßlosen Forderungen des Hausbesitzes energisch zu widersetzen.

Die Staatszeitung als Parteiblatt.

Endlich — nachdem die Sächsische Staatszeitung auch einmal die Patentpatronen auf die Führertrage getreten hat, meldet sich das bürgerliche „Gewissen“. In einem Artikel, überschrieben: „Ist die Sächsische Staatszeitung ein Organ der Koalitionsregierung oder ein antisozialistisches Parteiblatt?“ wenden sich die Dresdner Nachrichten gegen die Redaktionsführung des amtlichen sächsischen Organs, deren Ausführungen „Befremden erwecken müssen, weil sie ausgerechnet in einem Organ enthalten sind, das sich zur Abklärung derartiger rein parteipolitisch zugewandener Exkurse nicht eignet“. Das hat nun endlich auch die schlafmüchtige alte Tante entdeckt. Immerhin verdient das Urteil des deutschnationalen Blattes Beachtung, weil hier gegen eine Auslassung der Staatszeitung polemisiert wird, die sich in gefährlicher Weise mit der SPD. beschäftigt:

Die Sächsische Staatszeitung, so schreiben die Dresdner Nachrichten, ist ein offizielles Organ der aus Sozialisten und bürgerlichen gemischten Koalitionsregierung und wird als solches aus Geldern der Steuerzahler unterhalten. Sie hat also die Pflicht, neutral zu sein und auf einer höheren Warte zu stehen als auf den Finnen einer besondern Partei.

Würde es denkbar sein, daß sich das amtliche Blatt in ähnlicher Weise mit Vorgängen im bürgerlichen Lager befaßt und beispielsweise rechtsdemokratische gegen linksdemokratische Interessen vertritt? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Ebenjowenig ist es aber auch kühnhaft, daß an solcher Stelle sozialdemokratische Internas vom Standpunkt der Gegnerschaft der Antisozialisten gegen ihre radikalen Gegner behandelt werden.

Geheimrat Vollmer gestorben. Nach längerem Leiden starb in Kötheneroda Ministerialrat Geheimrat Dr. Vollmer, der Leiter des Landeswohnungsamtes, Aufsichtsratsvorsitzender der Landesiedlungs-Gesellschaft „Sächsisches Heim“ usw.

Dresden. Bürarmermeister gesucht. Der Vollen des zweiten Dresdener Bürarmermeisters, der durch den Abgang von Kils ins Reichsministerium frei geworden ist, wird demnächst öffentlich ausgeschrieben.

Zwickau. Schwerverbrecher. Das gemeinsame Schöffengericht verurteilte den 26 Jahre alten Bergarbeiter Karl Weise wegen schweren Raubes und räuberischer Erpressung zu fünf Jahren Zuchthaus und achtjährigem Ehrverlust. Weise gehörte zu einer Bande von Räubern, die im Juli 1922 in eine Obstweinkelde in Wittenstein-Caldenberg maskiert eindringen, die Gäste mit Revolvern in Schach hielten und die männlichen Personen an Stühlen und sonstigen Möbeln festbanden. Der Wert hatte etwa 5000 Mark herbeigekauft, einem älteren Härderelbesitzer raubten die Banditen aus den Taschen 900 Mark. In Johannegeorgenstadt beraubten die Burziden den Gastwirt Becker, bei dem sie ohne Geldmittel gesesselt hatten. Sie vermurdelten ihn durch einen Revolverstich schwer am rechten Oberarm. Drei der Räuber, ebenfalls Bergarbeiter, sind inzwischen zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Weise hatte sich nach den Räuberleuten in Bonn für die französische Fremdenlegation anwerben lassen, kühlerte nach mehr als dreijährigem Dienst über Valätina und stellte sich Anfang April 1926 freiwillig der Polizei.

Dahlen. Durch Selbstschüsse tödlich verunglückt. Beim Regen von Selbstschüssen fiel der Schloßkammerer Lange über einen Draht. Ein Schuß entlud sich und verletzte den 59-jährigen Mann in der Herzgegend so, daß er kurz darauf verstarb.

St. Egidien. Opfer einer Unfälle. Ein verhängnisvoller Unfall ereignete sich bei einer kindlichen Spielerei. Ein achtjähriger Junge hatte sich an einen Milchwagen gebannt. Als er vom Wagen abdrang, fiel er vor ein hinter dem Wagen herkommendes Auto und wurde überfahren. Er erlitt einen Wirbelsäulenbruch und war sofort tot.

Mehr als 70 000 Familien genießen nur das gute Konsumbrot!



Ein großer Posten
Frisches Hammelfleisch
prima Qualität per Pfund 1.25



Sardellen-Leberwurst . . . Pfund 1.60	Harte Knackwurst	Blutwurst hausschlechte, ps. Qual. . Pfund 1.60
Kaßler Leberwurst Pfund 1.60	ps. Dauerware 2.32 per Pfund	Prima Schmerfett Pfund 1.40
Grieben-Leberwurst Pfund 1.20		Speck starke, feste Sorten Pfund 1.50
Besonders empfehlen wir unsere ausgezeichnete Land-Leber- u. -Blutwurst per Pfund 1⁰⁰		
Jeden Mittwoch: Frische Blut- und Leberwurst mit Wurstsuppe Portion 28^{ct}		

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umgegend
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung :: Abt. Großfleischerei

Wirtschaft

Koerschreitende Kapitalkonzentration.

Verschmelzung in der optischen und Linoleum-Industrie.

In der industriellen Zusammenschlußbewegung sind zwei neue wichtige Vorgänge zu verzeichnen. Im Mai dieses Jahres hatten die vorher schon durch Kartell verbundenen fünf großen deutschen Linoleumfabriken:

- Bremer Linoleumwerke Delmenhorst (Schlüsselwerke).
- Germania-Linoleumwerke, Akt.-Ges., Bietigheim.
- Delmenhorster Linoleumfabrik (Unterwerke).
- Deutsche Linoleumwerke Hansa in Delmenhorst.
- Linoleumfabrik Maximiliansau, Akt.-Ges.

einen Interessengemeinschaftsvertrag zwecks Verteilung des gemeinsamen Gewinnes und gemeinsamer Geschäftsführung abgeschlossen. An die Stelle der bloßen Interessengemeinschaft soll jetzt die vollständige Verschmelzung treten. Das Aktienkapital der Germania-Linoleumwerke soll von 7 auf 30 Millionen Mark erhöht und diese Gesellschaft dadurch in die Lage versetzt werden, sich die Unterwerke, die Hansawerke und Maximiliansau durch Aktienumsatz einzuverleiben. Die Delmenhorster Schlüsselwerke sollen nicht fusioniert werden, sondern weiterbestehen bleiben (sie nehmen gleichfalls eine Kapitalerhöhung, und zwar um 15 Millionen Mark vor und übernehmen einen Teil der neu auszugebenden Aktien ihrer eigenen und der Germania-Gesellschaft); aber nicht als Produktions-, sondern nur als Finanzierungs- und Kontrollgesellschaft. Sämtliche Betriebe der Schlüsselwerke gehen im Wege des Kaufes an die Germaniawerke, bei der in Zukunft also die Betriebe sämtlicher fünf Gesellschaften vereinigt sein werden. Das neben der Produktionsgesellschaft noch eine besondere, nicht produzierende Gesellschaft besteht bleibt, hat den Vorzug, daß auf diese Weise leichter Gewinnverschleierungen und Gewinnverschiebungen vorgenommen werden können. Die Germaniawerke sollen in Deutsche Linoleumwerk Akt.-Ges. umgetauft werden. Die Konzentration in der Linoleumindustrie ist damit fast bis zur äußersten Grenze durchgeführt. Abgesehen von den Rheinischen Linoleumwerken Bedburg, die schon immer abseits gestanden hatten, wird es in Zukunft nur noch ein einziges Linoleum herstellendes Unternehmen in Deutschland geben. Die freie Konkurrenz ist, bis auf einen kleinen Rest, aufgehoben.

Der bereits angekündigte Zusammenschluß in der optischen Industrie ist nunmehr vollzogen worden. In der Generalversammlung der Zea-Akt.-Ges. und der Ernemann-Werke, Akt.-Ges., Dresden, ist die Verschmelzung mit der optischen Anstalt C. R. Goerz in Berlin und der Contessa-Kette Akt.-Ges. in Stuttgart genehmigt worden. Aus der Debatte, die in der Generalversammlung der Zea stattfand, ging hervor, daß die Firma Zeiss in Jena über die Aktienmehrheit der Zea verfügt. Wenn Zeiss also auch nicht formell dem neuen optischen Trust angehört, so ist sie ihm doch faktisch zuzurechnen. Es wurde denn auch bekanntgegeben, daß die Firma Zeiss der neuen Gesellschaft ihre Auslandsorganisationen zur Verfügung stellen werde. Die bedeutendsten Firmen der für den Export außerordentlich wichtigen optischen Industrie sind damit unter einen Hut gebracht.

In der Generalversammlung von Goerz ist der gesamte bisherige Aufsichtsrat zurückgetreten und der Aufsichtsrat neu zusammengesetzt worden. Das wird alsdann der Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft sein, die den Namen Zeiss-Zoon Akt.-Ges. führen und ihren Sitz in Dresden haben soll, und in der die vier bisher selbständigen Gesellschaften zusammengefaßt sein werden. Dem Aufsichtsrat gehört u. a. Justizrat Waldschmidt an, der bisher schon im Aufsichtsrat von Goerz gesessen hatte und einer der führenden Männer des A. E. G.-Konzerns ist. Außerdem wird dem Aufsichtsrat der neuen Trustgesellschaft der Krupp-Direktor Boschfeld angehören. Es bestehen also Beziehungen zum Elektrottrust und zur rheinisch-westfälischen Montanindustrie.

Der kapitalistische Grundsatze vom freien Spiel der Kräfte wird durch die Praxis der Kapitalisten widerlegt. Der Übernahm der Industrie aus den Händen der privaten Unternehmer in die Hände der Gesellschaft wird vom Kapitalismus selbst der Boden bereitet.

Die Riebeck-Bilanz.

Die Riebeck-Montanwerke A.-G. veröffentlicht ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1925/26. Der Gesellschaft ward in den letzten Jahren ein an Beschäftigten reiches Schicksal zuteil. Die Geschichte der Riebeck-Montanwerke legt Zeugnis davon ab, daß der vielgerühmte Weltakt von Hugo Stinnes nicht viel über die Zeit hinaus gereicht hat, da die Inflation ein natürliches Ende finden mußte. Stinnes hatte nicht mehr und nicht weniger im Sinn, als ein Inlandsmonopol für Erdöl aufzurichten. Zu diesem Zwecke erwarb er die Mehrheit der Anteile an den Riebeck-Montanwerken mit ihrem umfangreichen Braunkohlenbesitz im Hallischen und Weissenfels-Zeitzer Bezirk und in Süddeutschland, und mit ihren bedeutenden Braunkohlenveredelungsanlagen und verband sie mit zwei der größten deutschen Erdölgesellschaften, der Olexa und der A.-G. für Petroleumindustrie (Apti). Die Verbindung wurde durch eine neugegründete Gesellschaft unter dem Namen Hugo Stinnes-Riebeck-Oel-Aktien-gesellschaft hergestellt. Das Monopol hätte allenfalls unter der Voraussetzung aufrechterhalten werden können, daß die Inflation eine Sache von ewiger Dauer ist. Nur dann wäre es vielleicht gelungen, für die Dauer die übermächtige Konkurrenz des internationalen Petroleumkapitals vor deutschen Markt fernzuhalten. Stinnes' Pläne gingen aber offenbar noch darüber hinaus. Er gründete ein deutsch-argentinisches Studienbündel mit dem Zweck, die Ausbeutung der argentinischen Erdölquellen vorzubereiten. Er wollte also offenbar nicht nur auf dem deutschen Markt, sondern auf dem Weltmarkt mit den großen Erdölmächten, der Standard Oil und der Royal Dutch Shell, in Wettbewerb treten. Nach dem Ende der Inflation kam die Ueberlegenheit des amerikanischen Petroleumkapitals voll zur Geltung. Das Stinnes'sche Erdölmonopol erwies sich als Spekulation, und nicht zuletzt auf die mit Riebeck-Montan zusammenhängenden Pläne ist der schließliche Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns zurückzuführen.

Mit weit wirksameren Mitteln als Stinnes vermochte der Farbentrust es mit den großen Erdölmächten aufzunehmen; mit der Anwendung des in seinem Besitz befindlichen Verfahrens zur Gewinnung von Oel aus Kohle. Für diesen Zweck kam es ihm sehr gelegen, daß Riebeck-Montan aus der Stinnes'schen Konkurrenz billig zu erwerben war. Der völlige Zusammenschluß von Riebeck-Montan und der J. G. für Farbenindustrie ist, wie von uns berichtet, vor kurzem erfolgt. Die Hugo Stinnes-Riebeck-Oel-Akt.-Ges. ist in die Deutsche Gasolin-A.G. umgewandelt worden. Auf andere Weise, als Stinnes es sich gedacht hatte, ist diese dem Riebeck-Konzern angehörende Gesellschaft, die den Namen Hugo Stinnes aus ihrem Firmennamen entfernt hat, zu einem Gebilde von weltwirtschaftlicher Bedeutung geworden, nicht als Mittel im Kampf gegen die großen Erdölmächte, sondern im Gegenteil als Bindeglied zwischen der amerikanischen Standard Oil, der englisch-holländischen Royal Dutch Shellgruppe und dem deutschen Farbentrust, die über die Gasolin-A.G. zwecks gemeinsamer Ausnutzung des Kohlenveredelungsverfahrens an Riebeck-Montan beteiligt sind.

In dem Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr fehlen die üblichen Klagen über unbedingenden Abstieg nicht, ebensowenig über die Heraushebung der Arbeitslöhne, der Anstellungsverhältnisse und der steuerlichen und sozialen Aufwendungen. Die Arbeitslöhne sind nach den Angaben der Verwaltung von 4,88 auf 6,04 Mark pro Lohnscheck erhöht worden, also um noch nicht ganz 25 Prozent. Die in dem Bericht veröffentlichten Produktionsziffern rechtfertigen allerdings die Klagen keineswegs. Sie lassen keinen Rückschlus, sondern im Gegenteil eine Erhöhung der Produktion im Vergleich zu den Jahren vorher erkennen.

	1925/26	1924/25	1923/24
Rohlenförderung	6,68 Mill. Ton.	5,58 Mill. Ton.	6,59 Mill. Ton.
Beifeitherstellung	1,53	1,52	1,37
Rohgasförderung	63,100 Tonnen	64,400 Tonnen	62,200 Tonnen

Noch mehr als die Produktion ist aber der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn gestiegen. Der Rohgewinn stieg von 4,1 Millionen Mark im Jahre 1924/25 auf 4,9 Millionen Mark im Jahre 1925/26, der Reingewinn von 1,7 auf 2,9 Millionen Mark, die Abschreibungen von 2 auf 2,4 Millionen Mark. Während also nach den eigenen Angaben der Verwaltung die Steigerung der Löhne nicht mehr als 25 Prozent betragen hatte, belief sich zur gleichen Zeit die Erhöhung des Reingewinns auf 70 Prozent.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei.

J. B. Die Krise in der Metallindustrie dauert nach wie vor an, die Entlassungen mehren sich. So kündigen die Nitkowitzer Eisenwerke die Entlassung von rund 1000 Arbeitern an, nachdem sie bereits gegen 500 entlassen haben. Die Zahl der beschäftigten Metallarbeiter im Olmücker Gebiet ist im Laufe eines halben Jahres um mehr als 10 Prozent gesunken. Die großen Maschinenfabriken, wie Breifeld, Danek, Skoda, Laurin Klement, Brünnner Maschinenfabrik sowie die Waggonfabriken entlassen fortgesetzt Arbeiter, daneben wird in starkem Maße zurgearbeitet, oft nur 24 Stunden in der Woche. Die beteiligten Gewerkschaften fordern eine produktive Arbeitslosenfürsorge durch den Bau von Waggons und Lokomotiven, wofür im nächsten Jahre nur ein Betrag von 2 Millionen tsch. Kronen (250 000 Mark) gegen 160 Millionen tsch. Kr. im Vorjahre vorgesehen ist. Das Budget des Kriegsministeriums soll im nächsten Jahre um 300 Millionen gekürzt werden, was sehr erfreulich ist, andererseits aber wieder den Waffenfabriken verminderte Arbeitsgelegenheit gibt.

In der Textilindustrie ist eine gewisse Besserung eingetreten, die Betriebsstilllegungen haben aufgehört, vorübergehend wurden stillgelegte Betriebe wieder geöffnet. Das hängt in erster Linie mit den vermehrten Modebedürfnissen der Herbstsaison zusammen, andererseits sind die Rohstoffpreise gestiegen, so daß die Textilwerke aus ihren Beständen abverkaufen können. Die tschechische Kunstseide ist z. B. gegenwärtig die billigste; sie sank von Juni auf Juli von 120 auf 100 Dollar, während die belgische, die bisher die billigste war, nur von 113 auf 106 herunterging. Deutschland hatte sogar eine kleine Steigerung von 142 auf 145 Dollar zu verzeichnen.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig rund 200 000; den ununterbrochenen Vermählungen der Gewerkschaften scheint es zu gelingen, daß eine Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen gewährt wird, jedoch auch nach dem Grundsatze des Genter Systems, wonach nur gewerkschaftlich organisierte der Unterstützung teilhaftig werden. Gegenwärtig sind nur rund 35 000 Arbeitslose im Genusse der Unterstützung.

Die Kriegsanleihefrage macht immer noch Sorgen. Die Einlösung erfolgt nach den bestehenden Gesetzen nur gegen Aufzahlung, worauf tschechische Staatsanleihepapiere gegeben werden. Nun verfügen die kleineren Sparkassen nicht über die notwendigen Beträge, so daß noch über eine Milliarde Kriegsanleihen unerwerteret sein sollen. Man plant nun eine Sanierungsaktion seitens der Regierung, um die Liquidität dieser Kassen sicherzustellen.

Aufbau der russischen Textilindustrie mit deutscher Hilfe.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, eine Kommission nach Deutschland zu entsenden, die mit deutschen Firmen in Chemnitz, Leipzig und Dresden Verhandlungen über den Bau von verschiedenen Textilfabriken in der Sowjet-Union aufnehmen soll. Diese Kommission wird sich, nach dem Deutschen Handelsbündel, auch mit der „Jago“ (Industrie-Finanzierungs-A.G. O.) wegen der Finanzierung der neuen Aufträge in Verbindung setzen. Die Russen geben den insgesamt noch sechs Textilfabriken mit deutscher Hilfe in der Sowjet-Union aufzubauen. — Das Hauptkonzessionskomitee hat einen Vertrag mit der österreichischen Firma Bernhard Altmann über den Bau einer großen Textilfabrik zur Erzeugung von Trikotagen abgeschlossen.

Aus der Umgebung

Markranstädt. Stadtbad. Vom Badeausfluß wird uns geschrieben: Die diesjährige Badeaison wird am 19. September offiziell geschlossen. Bei günstiger Witterung soll dagegen den abgehenden Schwimmern usw. die Gelegenheit zur Weiterbenutzung ermöglicht werden, da sowieso ein oder mehrere Leute behufs Reinigung noch einige Zeit beschäftigt werden. Eine weitere Reinigung bzw. Filterung des Wassers findet indes nicht statt. Das Wasser bleibt vielmehr bis zum Winter im Bassin, welches dann bis zur Böhmung überflutet wird, womit eine Eisbahn von circa 3700 qm hergestellt wird. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sich der Boden als undurchlässig erweist, andernfalls sich für das nächste Jahr eine anderweitige Beseitigung notwendig machen würde.

a. Großsch. Aus wirtschaftlichen Gründen in den Tod. So schrieb in einem letzten Brief an seine Angehörigen der Malermaler Six aus Regau. Am Dienstagvormittag fand man seinen Leichnam in der Elster an den drei Linden auf Traupföhner Fluß. Sein mitgeführtes Rad lag in einem nahen Kartoffelacker, worauf er in dem erwähnten Brief mit hingewiesen hatte. Six hinterläßt noch minderjährige Kinder.

Rundfunkprogramm

Freitag, den 17. September. Rundfunk (Wirtschaft): 10 Uhr: Wirtschaftsberichte: Woll- und Baumwollpreise; amer. Metallmeldungen des Vorkabends. 2,45 Uhr: Baumwolle, Landwirtsch., Berliner Del. Notiz. 3,25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktendörse amtlich. 5,15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten fürs Haus bzw. Verkehrsnotiz. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 2,45 und 3,25 und die laufenden Produktendörse, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6,20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk (Unterhaltung und Belehrung): 10,05 Uhr: Verkehrsnotiz. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage. 12 Uhr: Mittagsmusik (Schallplattenkonzert) aus dem Sprechapparat der Firma Zul. Heinz. Zimmermann. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Wörternbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: E. M. Alfieri und Fel. von Esleren: Spanisch. 3,35 Uhr: Dr. Max Vinde: „Chinas wirtschaftliche Entwicklung.“ 4-4,30 Uhr: Vespereben aus den Nachrichten auf dem Bismarckmarkt. 4,30-5,15 und 5,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6,30-7 Uhr: Geheimrat Neuberg-Berlin: „Die Auslagen im Schaufenster.“ Eine rechtliche Plauderei. 7-7,30 Uhr: Staatsanwalt Dr. J. Hothow: „Der Begriff der Raubmord.“ 7,30 Uhr: Wettervorhersage. 7,45 Uhr: Dinge des Alltags. (Geschichten aus dem Reiche der toten Dinge und des Alltags.) Mitwirkende: Karl Kehler (Regitationen) und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Alfred Simon. Anschließend (etwa 9,45 Uhr): Pressebericht und Sportnotiz. 10 Uhr: Funkbreitl. Mitwirkende: Dora Costella (Wiener Lieber), Lothar Körner (Regitationen), Adolf Braunstein (Humor) und das Leipziger Rundfunkorchester.

Meine Univerjitäten.

Von Maxim Gorki.

Deutsch von Erich Böhme.

Copyright 1926 by Ullstein A.-G., Berlin.

Ich schaute in die Tiefe der Schlucht vor uns, wo die im Winde schwankeuden Sträucher sich hingogen wie ein grüner Fluß, und leuchtete innerlich den Eid, dieser Frau ihre Güte mit allen Kräften meiner Seele zu entgelten. „Bedor wir etwas entscheiden, müssen wir alles sehr genau überlegen.“ hörte ich ihre leise Stimme. Sie zog sich mit einer Hast, die sie gebrochen, einen Stuhl über das Knie und blickte nach der hinter Gärten auf grünen Hügeln sich bergenden Stadt hin. „Außerdem müßte ich natürlich erst mit Boleslaw sprechen. Er ahnt schon etwas und ist bereits recht nervös. Ich mag aber keine Dramen.“

Das war alles sehr betrüblich und sehr gut — das Wichtigste war aber leider etwas ganz Unschmackliches und Lächerliches.

Meine Hosen waren mir im Gürtel zu weit, und ich hatte sie mit einer großen, etwa drei Zoll langen, kupfernen Nadel zugestekt. Jetzt gibt es solche Nadeln nicht mehr, zum Glück für arme Beliebte. Die Spitze dieser verfluchten Nadel hatte mir schon die ganze Zeit über leicht die Haut geritzt; durch eine unvorsichtige Bewegung drang mir dann aber die ganze Nadel in die Seite... Es gelang mir zwar, sie unbemerkt herauszuziehen, aber mit Entsetzen spürte ich, daß aus der tiefen Wunde reichlich Blut floß und meine Hufe durchschmeißelte. Ich trug keine Unterwäsche, meine Knoch-jade war kurz und reichte mir nur bis an den Gürtel. Wie sollte ich jetzt aufstehen und in den nassen am Körper klebenden Hosen fortgehen?

Ich begriff das Komische meiner Situation, war aber doch getränkt und empört. In wilder Aufregung verfiel ich in den unnatürlichen Ton eines Schauspielers, der seine Rolle nicht kann.

Sie hörte mir ein paar Minuten lang zu, ansangs aufmerksam, dann offenbar höchlichst verwundert, und äußerte:

„Was sind das für schwüchtige Reden? Sie sind ja plötzlich ganz anders!“

Das gab mir den Rest und ich verstummte, wie erdrosselt.

„Es wird wohl Zeit, daß wir gehen. Gleich wird's regnen.“

„So? Ich bleibe hier.“

„Warum denn?“

„Was sollte ich ihr wohl antworten?“

„Sind Sie mir böse?“ fragte sie und schaute mir freudlich ins Gesicht.

„Aber nein! Mir selbst bin ich böse.“

„Auch sich selbst dürfen Sie nicht böse sein.“ redete sie mir gut zu und erhob sich.

Ich aber konnte nicht aufstehen, denn ich saß in einer lauwarmen Lache, und es kam mir so vor, als plätschere das meiner Seite entfließende Blut laut wie ein Bach, im nächsten Augenblick müßte sie das auch hören und fragen: „Was ist denn das?“

„Geh doch endlich!“ fluchte ich sie in Gedanken an.

Sie schenkte mir gnädig noch ein paar freundliche Worte, und entfernte sich längs des Randes der Schlucht, sich grazios auf ihren schlanken Beinen wiegend. Ich beobachtete, wie ihre biegsame Gestalt allmählich kleiner wurde, dann streckte ich mich lang auf die Erde hin, wie mit einem Schlage zum erstenmal von der Ahnung getroffen, daß meine erste Liebe unglücklich sein werde.

Natürlich kam es auch so. Ihr Herr Gemahl gab einen ergiebigen Strom von Tränen, sentimentalem Schreien und lästlichen Worten von sich, und sie konnte sich nicht entschließen, über diesen trennenden, heftigen Strom hinweg nach meinem Ufer überzugehen.

„Er ist ja so hilflos. Sie aber sind stark!“ sagte sie mir mit Tränen in den Augen. Er behauptet, wenn ich ihn verlasse, muß er eingehen, wie ein Blümlein ohne Sonnenlicht...“

Ich müßte laut loslachen, wenn ich an die kurzen Weichen, die weiblichen Hüften, den runden, melonenartigen Bauch des „Blümleins“ dachte. In seinem Vort sah ich immer Fliegen, weil sie da stets Nahrung fanden.

Sie lächelte und bemerkte:

„Gewiß, das klingt ja höchst lächerlich, aber trotzdem — er leidet wirklich sehr...“

„Ich leide auch.“

„Oh, Sie sind jung, Sie sind stark...“

Ich glaube, damals lächelte ich mich zum erstenmal als Feind der Schwachen. Später konnte ich oft in Gräbchen beobachten, wie

tragisch hilflos gerade die Starke inmitten von Schwachen sind, wieviel hochwertigere Energie des Herzens und Geistes vergeudet wird, um die unfruchtbare Existenz von ohnehin dem Untergang geweihten Menschen zu erhalten.

Bald danach verließ ich, halbtot, beinahe wahnsinnig, die Stadt und pilgerte fast zwei Jahre lang rühelos auf den Landstraßen Russlands umher. Ich durchstreifte das Wolga- und Dongebiet, die Ukraine, die Krim, den Kaukasus, hatte zahllose, manigfaltige Abenteuer, wurde rauher und härter — und bewachte trotzdem in meiner Seele unvergänglich das Bild dieser Frau, obwohl ich bessere und auch klügere Frauen als sie kennenlernte.

Als man mir mehr als zwei Jahre später, im Herbst, in Tiflis erzählte, sie sei eben aus Paris in Tiflis eingetroffen, und habe sich sehr gefreut zu hören, daß ich auch da sei, — da fiel ich, ein dreiwund-zwanzigjähriger, kräftiger Bursche, zum erstenmal in meinem Leben in Ohnmacht.

Ich wagte nicht zu ihr zu gehen. Aber sie ließ mich bald durch Bekannte einladen.

Mir erschien sie noch schöner und lieber; sie hatte immer noch die Figur eines jungen Mädchens, dieselbe zarte Röte auf den Wangen und den feindlichen Glanz in ihren torenblumenblauen Augen. Ihr Gatte war in Frankreich geblieben, sie hatte nur ihre Tochter bei sich, die munter und grazios war, wie ein Ziegenböcklein.

Als ich zu ihr kam, ging gerade mit Donner und Bliz ein Gewitter über die Stadt nieder; der Regen rauschte und vom St. Davidsberg herab strömte ein reißender Strom durch die Straße und wühlte die Steine aus dem Pflaster. Das Heulen des Windes, das zornige Rauschen der Wasserfluten, das Krachen einströmender Wände ganz nahebei machte das Haus wanken, die Fenster klirren, das Zimmer war von bläulichem Licht erfüllt und alles ringsum schien in einen bodentosen, nassen Abgrund zu stürzen.

Die Kleine war vor Angst in ihr Bett gekrochen. Wir standen am Fenster, gebend vor den Ausbrüchen des Himmels, und plauderten — im Plüsterone, ich weiß nicht, weshalb.

„Zum erstenmal im Leben sehe ich derartiges Gewitter.“ Klagen neben mir die Worte der geliebten Frau.

Und plötzlich fragte sie mich:

„Nun, sind Sie jetzt geheilt von Ihrer Liebe zu mir?“

„Nein!“

(Fortsetzung folgt.)

Dokumente der Revolution.

Aus dem Leipziger Stadtgeschichtlichen Museum. Von Bruno Kapp.

Die Stadt Leipzig nennt eine Reihe von öffentlichen Bildungsinstitutionen ihr eigen, die von der Arbeiterschaft viel zu wenig besucht und benutzt werden.

Zur Zeit kann jetzt der Besucher neben der ständigen Ausstellung eine „Notgeld- und Inflationsgeld“-Ausstellung besichtigen und im Geiste nochmals eine der traurigsten Zeiten durchwandern und durchleben.

Man hatte im Stadtgeschichtlichen Museum früher bereits einmal den Anfang gemacht, das Proletariat berührende Ereignisse zu würdigen.

Aufstand in Sachsen!

Am 3. Mai bekam gegen Abend ein Teil der Garnison in Dresden Befehl zum Ausrücken. Die Soldaten verweigerten jedoch den Gehorsam.

Bereits am 4. Mai konnte das Blatt (Deutsche Allgemeine Zeitung) berichten: „Der König ist diesen Morgen um 1/5 Uhr mit dem Dampf-Wagenstromauswärts gefahren.“

„Zur Erinnerung der Tage im Monat Mai 1848. — Geistige Freiheit und gewerblicher Fortschritt, nur diese vereint, schaffen Wohlstand.“

„Der Abgeordnete der Nationalversammlung, Robert Blum, ist am 9. November früh um 7 Uhr in der Nähe von Wien auf Befehl der dortigen Gewaltherrschaft zum offenen Hofe eines von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossenen und von der provisorischen Zentralgewalt für alle deutschen Bundesländer in Kraft und Gültigkeit gestellten Reichsgesetzes gemordet worden.“

„Der Abgeordnete der Nationalversammlung, Robert Blum, ist am 9. November früh um 7 Uhr in der Nähe von Wien auf Befehl der dortigen Gewaltherrschaft zum offenen Hofe eines von der Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossenen und von der provisorischen Zentralgewalt für alle deutschen Bundesländer in Kraft und Gültigkeit gestellten Reichsgesetzes gemordet worden.“

Blum war am 7. Mai 1848 zum National-Vertreter in Frankfurt gewählt worden. Eine stürmische Wahlkampf war vorangegangen.

Der Wille des Volkes.

„Die großen und gelehrten Herren streiten und schwärzen so viel über das Wohl und Wehe des Volkes. Da kommen sie hervorgefahren und alle wissen auf einmal, was uns schickt.“

„Wir wählen selbst die besten Männer des Volkes, und die beraten und beschließen in unserem Namen. Und nun frage ich: Woju Fürsten obendran, wenn das Volk seine Vertreter hat?“

„Wir wählen selbst die besten Männer des Volkes, und die beraten und beschließen in unserem Namen. Und nun frage ich: Woju Fürsten obendran, wenn das Volk seine Vertreter hat?“

Familien 440 Müßiggänger. Diese kosten Deutschland jährlich 70 Millionen Taler. Ihre ständigen Heere, die sie nötig haben, um das Volk zusammenzuschleichen, kosten 130 Millionen, und die Masse Kerls, die sie brauchen, um das Volk wie einen Hund unter den gedackten Tisch zu halten, die unnütigen Beamten, kosten auch 70 Millionen, macht also jährlich zusammen 270 Millionen Taler.

Ihr Armen und Bedrückten, ihr Weiber und Kinder, ihr, die ihr euch den Tag über abquält, um nur Brot essen zu können, ihr alle müßt von jedem Bissen, den ihr in den Mund steckt, von jedem Schluck, den ihr trinkt, jenen 35 Herren einen Teil abgeben.

„Wir wollen ein Parlament, aber keine Fürsten über uns, weil wir uns selbst regieren wollen, und keine Fürsten unter uns, weil sie unsere Blut-sauger sind, weil wir keine 270 Millionen Taler jedes Jahr zum Fenster hinauswerfen wollen.“

„Wir wollen ein Parlament, das wir selbst wählen, und dieses soll aus lauter Männern bestehen, die es gut mit dem Volke meinen, und darum von jeder zu uns gehalten haben.“

„Das Klingt ganz anders, als wenn man da einen beliebigen Kaiser hingeboren bekommt, der sein ganzes Leben Kaiser bleibt, ob er nun ein Wassertopf, ein Esel, ein schlechter Kerl oder gar beides ist.“

„Und dem, der da sagt, in der Republik hörten alle Gesehe und alle Ordnung auf, dem sagen wir: Stehe deine Nase nach Amerika. Dort ist schon 100 Jahre Republik und keine Unordnung.“

Kleine Chronik.

Der neue Generalintendant des Berliner Staatstheater. Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Seit Übernahme der vormals königlichen Theater auf den Staat besteht bei den beteiligten Ministern der Plan, an die Spitze der Verwaltung einen künstlerisch und verwaltungstechnisch bewährten Generalintendanten zu stellen.

Die älteste Sternwarte der Welt ist bei den Ausgrabungen im Gebiete der alten Maya-Kultur in Mexiko auf der Halbinsel Yucatan entdeckt worden. Ein turmähnliches Gebäude enthält noch Reste einer Wendeltreppe.

Neue Ergebnisse der Krebsforschung. Ein Arzt, Dr. Louis Sambon, der im Auftrag der englischen Gesellschaft zur Verhütung von Tropenkrankheiten im Verein mit einigen Mitgliedern des englischen Naturgeschichtlichen Museums, des Holländischen Krebsforschungs-Instituts und anderen die Frage der Verbreitung und der Verbreitung der Krebskrankheit untersucht hat, meldet im Journal of Tropical Medicine and Hygiene, daß zwar keine Verbreitung von Krebs festgestellt sei, daß man aber sehr wohl von Krebs zu Krebs sprechen könne, da es oft vorkomme, daß in einem Haushalt bzw. in einem Hause, das nacheinander von verschiedenen Familien bewohnt wird, mehrfache Erkrankungen auftreten.

Ein letzter Revolutionsakt. Eine Dubliner Filmgesellschaft ist gegenwärtig mit den Aufnahmen zu einem Film beschäftigt, der Szenen aus der Geschichte der irischen Rebellion im Jahre 1920 bringen soll.

Staphit von Käthe Kollwitz ist zur Zeit in Haartlem ausgestellt. Die holländische Presse widmet der Ausstellung die größte Aufmerksamkeit und bezeichnet die neuesten Blätter der Künstlerin als den Höhepunkt ihres Schaffens.

Beel grüßte! Im neuesten Heft der Weltbühne wird erzählt: Bei uns in Hamburg wurden Extrablätter ausgerufen. Ich ging über die Große Bleichen und fragte meinen Zeitungsmann, der an mir vorbei wollte, ebenfalls „Extrablatt“ brüllte, das Blatt aber verdeckt hielt:

„Na, was ist los? Ist einer ermordet worden?“ „Nein! Beel grüßte!! Deutschland ist in'n Bitterbund op-nohnt worn!!!“

Märchen von Sonne und Mond.

Im unwirtlichen Labrador leben neben andern verstreuten Indianerstämmen die Tadulak. Sie haben in ihren Erzählungen, mit denen sie heute wie einst die langen Winterabende hinführen, seitjame Legenden erhalten.

In grauen Zeiten lebte ein alter Mann, der hatte ein Weib und einen Sohn namens Tefabel (d. h. der vollendete Mensch). Sie waren die ersten Menschen. Der Alte war Herr aller Vögel und kleineren Säugetiere auf Erden; sie lebten in den Wäldern ringsum und kamen, wenn er rief. Die Sonne war damals so heiß, daß die kleinen Tiere kaum leben konnten, und der Alte fürchtete, sie würden alle sterben.

„Das ist kein gutes Ding, das du getan hast. Wir können unsern Lebensunterhalt nicht mehr erwerben in der Dunkelheit.“ Da wollte Tefabel die Schlinge durchschneiden; er hielt ein Stück Leder vor das Gesicht, aber er kam doch nicht heran. So blieb es dunkel in der Welt, nur die Gule und wenige andere Tiere fanden ihren Weg.

„Das ist kein gutes Ding, das du getan hast. Wir können unsern Lebensunterhalt nicht mehr erwerben in der Dunkelheit.“ Da wollte Tefabel die Schlinge durchschneiden; er hielt ein Stück Leder vor das Gesicht, aber er kam doch nicht heran. So blieb es dunkel in der Welt, nur die Gule und wenige andere Tiere fanden ihren Weg.

„Das ist kein gutes Ding, das du getan hast. Wir können unsern Lebensunterhalt nicht mehr erwerben in der Dunkelheit.“ Da wollte Tefabel die Schlinge durchschneiden; er hielt ein Stück Leder vor das Gesicht, aber er kam doch nicht heran. So blieb es dunkel in der Welt, nur die Gule und wenige andere Tiere fanden ihren Weg.

Scheiden tut wohl.

Wer heiratet, wird aufgeboten, und wer sich in Paris aufbieten läßt, bekommt, sofern er männlichen Geschlechts, von einem Gemeinwesen einen Brief zugesandt, der folgenden Inhalt hat:

„Heiraten ist eine schöne Sache, aber oft genug hat man auch lästige Erfahrungen damit gemacht; es war nötig, das Gericht zu bemühen, um aus den ehelichen Banden wieder befreit zu werden. Merken Sie sich also meine Adresse, und wenn Ihre Ehe, zu der ich Ihnen alles Gute wünsche, disharmonisch werden sollte, dann kommen Sie zu mir. Ohne Skandal und viel Aufhebens werde ich Sie für wenig Geld wieder scheiden, und jeder von Ihnen wird mit dem anderen gut Freund bleiben.“

Abgesehen von der grundsätzlichen Boshaftigkeit, ein Schreiben dieser Art dem Bräutigam, der sich ewig bindet, just in dem Moment, in dem er ins Examen steigt, zuzuschicken — abgesehen hiervon also ist der Brief sehr gut geschrieben. Muster einer geschickten Propaganda und Beweis für die Existenz, sonstigen Denkvorgang seines Schöpfers; der Junge bringt's noch mal zu was. Störend wirkt nur der Relativsatz: „... zu der ich Ihnen alles Gute wünsche...“

Dieser Satz ist läge, ist Heuchelei. Wenn jemand ein Interesse am unglücklichen Ausgang der soeben beglückwünschten Ehe hat, dann ist es eben dieses scheinheilige Exemplar von Adoolat. Wie Mademoiselle, der bekannte Trauerredner der Freireligiösen, sich sein Vermögen „so langsam zusammensammeln“ hat, wie Wolff Hofmann so hübsch sagte, so sammelt dieser hier sein Vermögen, indem er andere trennt. Das ist nur einmal sein Beruf und die Pariser sollen froh sein, wenn er nicht hübsch eigenständig, eigenherzig und eigenmächtig anderer Männer rechtlich angekaufte Frauen verführt, um als „scheidender“ Liebhaber doppelten Gewinn zu haben; sexuellen und materiellen; Scheiden solcher Art wäre immerhin ein einträglicher Beruf. Aber ebensoviele schön ist es, daß er nur in den umgekehrten Fehler verfällt und einen Himmel wünscht, wo er an einer Hölle interessiert ist.

Freilich sind hier nur ein Parafelogramm der Lüge herzustellen. Die Heuchelei des Anwalts findet im allgemeinen ihren konstanten Part in der Heuchelei des Ehegatten, der den Brief erhält. Statt ehrlich zu sein und sich zu laagen: Trotz glücklicher Vorbedingungen gab es schon viele unglückliche Ehen. Hoffen wir, daß die meine nicht zu dieser Spezies gehört. Wissen kann man hier gar nichts, haben wir uns also auf alle Fälle die Adresse des preiswerten Herrn Scheidungsadvokaten auf — an Stelle solcher ehrlichen Aufstellungen wird Kraß gemacht und ein kleiner Entschuldigungsbrief inszeniert: diese Schamlosigkeit, so etwas Frisches, als ob, nein sowas... — und dabei, im allergeringsten Winkel seiner trüben Seele, merkt sich der Mann die Adresse des billigen Herrn Scheidungsanwalts sehr genau. Erich Gottgetreu.

Filmschau.

Der Adler, in Anlehnung an gute Vorbilder (Dubitskys „Verbotenes Paradies“ und „Jorro“) gebracht, geht auf eine Novelle von Büchlin zurück. Eine Königin wünscht einen Offizier zu lieben, der aber aus Unwissen vor der reiferen Dame lieber befeht, zum Edelkandidaten wird und nur knapp der Hinrichtung entgeht. Darauf dem verstorbenen Valentino in der Hauptrolle und der Königin Vikma Banty hat man ein hübsches Mosai netter Einseitigkeiten daraus gemacht, über denen man die mangelnde Geschlossenheit ver-gessen kann. Das Rußland Büchlins bleibt freilich eine zwar sauber gearbeitete, aber doch sehr nach Pappo riechende Kletterarbeit. (M. Berthalle.)

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 16. September.

Rundgebung der Gewerkschaftsjugend.

Nachdem am Montagabend die „Alten“ in einer gewaltigen Rundgebung für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß und die Gewerkschaftsinternationale demonstrierten und dadurch der gewerkschaftlichen Verbände starke Impulse verliehen haben, veranstaltete gestern Abend die Gewerkschaftsjugend eine eindrucksvolle Rundgebung. Der große Saal des Volkshauses war von Jugendlichen bis auf den letzten Platz gefüllt. Ueber der ganzen Veranstaltung lag der himmelstürmende Idealismus der zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiterjugend.

Die Veranstaltung wurde vom Genossen Schille eröffnet und vom Jugendchor durch ein Lied eingeleitet. Der Arbeitermandolinenklub und ein Rezitator bereicherten mit ihren Darbietungen die Veranstaltung. Genosse Ehrhardt hielt eine kurze aber wirkungsvolle Ansprache an die Jugendlichen. Er hob insbesondere die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften hervor und wies im Vergleich zu heute auf die Arbeitsverhältnisse vor 25 und mehr Jahren hin. Der Redner schloß mit dem Gelöbniß der rheinischen Gewerkschaftsjugend, allen denen, die dem Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und selbstbewußter Kraft zu sein. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale wurde die Rundgebung im Volkshaus geschlossen. Daraus formierten sich die Jugendlichen zu einer Demonstration, der sich unter dem Gesang von Kampfliedern durch die Zeiger Str., Petersstr. und Grimmaische Str. nach dem Augustusplatz bewegte. Neben roten Fahnen führte die Jugend drei große rote Transparente mit, auf denen 4 Wochen Ferien für die arbeitende Jugend, Brot und Arbeit für die Erwerbslosen gefordert und gegen die drohende Arbeitslosigkeit protestiert wurde. Die Jugend hielt in dem Zuge eine musterartige Disziplin. Mancher des Wegs daherkommende Spießer und manche spießbürgerliche Dame rümpfte die Nase über die langgestochene, demonstrierende Arbeiterjugend, die ihre Brüder zur Freiheit aufrief.

Auf dem Augustusplatz, wo die Jugend gegen 10 Uhr anlangte, versammelte sie sich um den mittleren Fahnenmast, wo nach einer kurzen Ansprache die Demonstration aufgelöst wurde. Die Jugend plüßerte nun in kleinen Trupps nach Hause in dem stolzen Bewußtsein, durch ihre Demonstration in der gewerkschaftlichen Verbände auch nach außen ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsbewegung und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aller jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zum Ausdruck gebracht zu haben.

Leider konnten es einige übereifrige Polizeibeamte nicht unterlassen, nach Schluß der Jugenddemonstration einen kleinen Trupp Jugendlichen in der Grimmaischen Straße zu belästigen. Nervös jagten die Polizeibeamten hin und her und machten sich nicht nur bei den Jugendlichen, sondern auch bei den Erwachsenen lächerlich. Es ist diesen Polizeibeamten in solchen Fällen wirklich etwas mehr Ruhe und Toleranz zu empfehlen. Wie leicht kann leicht auf solche Weise aus belanglosen Unfällen sich der folgenschwerste Konflikt ergeben.

Der Aufsichtsrat der städtischen Baugesellschaft.

Das Mitglied v. Wolfersdorff hatte sein Amt als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt. Als seinen Nachfolger, der in einjähriger Wehzeit zu wählen war, schlug die Rechte den Buchhändler Frank II, die SPD. den Genossen Beyer, die KPD Schenker vor. Es erhielten Stimmen: Frank II 34, Beyer 19, Schenker 13. Damit hatte das Bürgerium in keiner Gesamtheit wieder gezeigt, daß es sein Streben nach Beherrschung der Baugesellschaft unter Niedertrampeln aller demokratischen Grundzüge betreiben will. Noch immer sitzen im Aufsichtsrat 4 bürgerliche und 1 sozialistisches Ratsmitglied und 4 bürgerliche und 1 sozialistisches Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums.

Durch den Arbeitererrat der Kommunisten wurde bei der letzten Wahl der zweite sozialdemokratische Stadtverordnete hinausgewählt. Damals stimmten wenigstens die Demokraten für ihn, die diesmal ihre geprüften „demokratischen Grundzüge“ wieder einmal mit Füßen traten und der Rechte die Herrschaft über den städtischen Betrieb sicherten. Hätten sie sich nicht zu Helfershelfern der Rechte hergegeben, so wäre unser Genosse Beyer in die Stichwahl gekommen und die Kommunisten hätten wieder eine willkommene Gelegenheit gefunden, sich als Arbeitervertreter zu zeigen. Sehr bezeichnend war die Antwort des Vorstehers auf das Verlangen des Genossen Fleißner, die Wahl zu verhindern mit der Wahl des Mitgliedes, das an Stelle des Herrn Schneider tritt. Da zeigte es sich, daß eine offizielle Mitteilung des Rates über den Rücktritt Schneiders noch gar nicht vorliegt! Hat Herr Schneider sich anders besonnen und will er seine glanzvolle Rolle weiter spielen? Wir glauben es kaum. Sie ist ihm zu übel bekommen. Viel eher wird die Erwägung maßgebend gewesen sein, daß bei der Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern die Verhältniswahl zur Anwendung gekommen wäre, die der Sozialdemokratie einen Sieg sicher gebracht hätte. Die Arbeiterpartei um dieses Mitbestimmungsrecht zu pressen, war der Zweck der Uebung, für die die Herren am 14. November von der Wählerchaft die Quittung erhalten werden.

Der Beitrag Leipzigs zum Elster-Saale-Kanal.

Boh der bürgerlichen Presse wurde eine Dresdner Meldung verbreitet, wonach der Rat in neuerlichen Verhandlungen mit dem Finanzministerium einen 45prozentigen Beitrag der Stadt Leipzig zu dem Kanalbaukosten zugesagt habe. Nachdem die Stadtverordneten einen 35prozentigen Beitrag beschlossen und der Rat wiederholt diesen als das äußerste Angebot bezeichnet hat, war die Unrichtigkeit der Dresdner Meldung sofort zu erkennen. Vom Rat wird dazu mitgeteilt:

Zu den aus Dresden stammenden neuerlichen Nachrichten über die Finanzierung des Elster-Saale-Kanals, denen das Finanzministerium nahesteht, wird vom Rat nochmals festgestellt, daß auf Grund mehrfacher eingehender Verhandlungen mit dem Finanzministerium der Rat am 27. August und die Stadtverordneten am 8. September dem städtischen Leistungsschlüssel zu 35 Proz. zugestimmt haben. Daraus hat der Rat die Bereitschaft der Stadt Leipzig zur Kostentragung in Höhe von 35 Proz. dem Finanzministerium mit Bericht vom 11. September mitgeteilt. Ein Vergleich des Finanzministeriums liegt beim Rat bislang nicht vor. Der Rat legt noch Wert auf die Feststellung, daß in den vielfachen mündlichen und schriftlichen Verhandlungen mit dem Finanzministerium der Leistungsschlüssel von 45 Proz. niemals genannt worden ist.

Die Kurse des hantechischen Vorlesungswesens beginnen am 11. Oktober, abends 7 Uhr, in der Staatsbauhule, Kaiserin-Augusta-Straße 32.

Der Kampf um den Finanzausgleich.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt zu lösen haben wird, ist die Fertigstellung eines neuen Finanzausgleichs. Bei der Verabschiedung des letzten Finanzausgleichsgesetzes, August 1925, war vorsehen, daß die Länder und die Gemeinden vom 1. April 1927 an nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes die Befugnis erhalten sollten, selbständig Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer festzusetzen. Mit dem gleichen Termin sollte eine endgültige Regelung der finanziellen Kompetenzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden erfolgen, eine Reihe von Steuern, wie z. B. die gemeindliche Getränkesteuer, sollten von da ab wegfallen. Vor Erlaß des Gesetzes sollten aber durch reichsstaatliche Erhebungen genügende Unterlagen zur Beurteilung des Finanzbedarfs der verschiedenen Körperschaften besorgt werden.

Es scheint heute schon klar, daß die Lösung dieser für den Herbst d. J. in Aussicht genommenen Aufgabe noch nicht gefunden werden wird. Die statistischen Unterlagen fehlen noch. Es ist das Wahrscheinlichste, daß man die Lösung um ein Jahr verlagern wird. Vom Standpunkt der Gemeinden aus ist das im höchsten Grade zu bedauern. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik, zunächst einmal dafür zu sorgen, daß man allgemein wieder zu einer geordneten Staatswirtschaft zurückkehrt. Nur dadurch ist planmäßige Arbeit, Kontrolle und Ueberblick möglich. Nichts wirkt katastrophaler als die schleppende Arbeit der Reichs- und Länderparlamente, die die wichtigsten steuerlichen Entscheidungen sehr oft erst im Laufe eines Jahres fällen oder sogar innerhalb eines Jahres ändern. Das fortwährende Herumexperimentieren, die ständigen Änderungen an den einzelnen Steuerarten erschweren die Möglichkeit geordneter Arbeit in den Gemeinden, als der letzten Instanz, die in ihren finanziellen Grundlagen von den Entscheidungen des Reichs und der Länder abhängig ist. Die Gemeinden haben das dringendste Interesse daran, daß der Finanzausgleich, wenn er zustandekommt, nicht ein provisorischer, sondern ein mindestens für einen längeren Zeitraum dauernder Finanzausgleich wird, und daß Garantien dafür geschaffen werden, daß ein solcher Ausgleich nicht nach jedem Einfall des Reichsfinanzministers geändert werden kann. Es handelt sich bei der endgültigen Regelung dabei keineswegs nur um die im höchsten Grade unwillkürliche Frage des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer, sondern auch um eine definitive Sicherstellung der Erträge der Hauszinssteuer, die aus einem Provisorium in irgendeiner Form in eine Dauerabgabe verwandelt werden muß. Ohne eine solche Umwandlung läßt sich weder eine weitblickende Wohnungspolitik treiben, noch auch die gesamte Gemeindefinanz aufrechterhalten. Der Reichstag wird sich also entschließen müssen, die Garantie für die Anteile auf Einkommensteuer und Umsatzsteuer um ein weiteres Jahr zu verlängern, die Aufhebung der Gemeindegetränkesteuer zu ver-

zichten und auch sonstige mit der Verlagerung des Finanzausgleichs zusammenhängende Regelungen zu treffen.

Der bevorstehende Kampf um den neuen Finanzausgleich wird aber keineswegs nur ein Kampf der verschiedenen Instanzen um ihre prozentuale Beteiligung an dem Gesamtsteueraufkommen sein. Dieser Kampf hat außerdem einen starken politischen Hintergrund. Aus den zahlreichen Reden des württembergischen Finanzministers geht hervor, daß er sich sehr oberflächlichen Argumentationen großapartunistischer Kreise über die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Steuern rechtlos zu eigen macht. Dr. Reinhold hat es fertiggebracht, einen Widerspruch darin zu sehen, daß er die Reichseinnahmen in ganz erheblichem Ausmaß jezt und gleichzeitig die Gemeinden ihre Einnahmen aus den Gewerbe- und Realsteuern, sowie aus den Gemeindebetrieben erheblich steigern. Tatsächlich ist das aber keineswegs ein Widerspruch, sondern nur eine unvermeidliche Folge der rein kapitalistischen Finanzpolitik, die den rein kapitalistischen Forderungen der sogenannten „Wirtschaftskreise“ immer weitergehende Zugeständnisse macht. In Dresden wie ja bei allen anderen Tagungen sind diese Forderungen wieder mit der den Industriellen eigenen Energie und Rücksichtslosigkeit erhoben worden. Alle sozialpolitischen Ausgaben der Gemeinden erscheinen diesen Herrschaften überflüssig. Die zentrale Regelung des Steuerwesens durch das Reich will man als eine Waffe im Kampf gegen diese Aufgaben benutzen. Die geradezu ungläubliche Forderung, daß die Berufsvertretungen der Wirtschaft Steueranspruchrecht bei Gewerbetreibenden usw. erhalten sollen, wird verknüpft mit einem weiteren Verlangen nach Einführung einer gemeindlichen Besteuerung des bisher steuerfreien Existenzminimums bei der Lohnsteuer. Durch solche Forderungen müssen die schärfsten Auseinandersetzungen heraufbeschworen werden. Ein Zuschlagsrecht für die Gemeinden mit Verpflichtung zur Belastung auch des bisher steuerfreien Existenzminimums, mit gleichzeitiger zwangsläufiger Drohung der Gewerbesteuer werden politische Kämpfe heraufbeschworen, an denen jeder Finanzausgleich ohne weiteres scheitern muß.

Dr. Reinhold hat durch das Volkische Telegraphenbureau eine Berichtigung über den Wortlaut seiner Dresdener Rede verbreiten lassen, aus der man den Eindruck gewinnen muß, daß er das Gegenteil dessen gesagt hat, was aus den Berichten der demokratischen Presse zunächst zu entnehmen war. Tatsache ist jedenfalls, daß er alle diese Fragen nur unter dem Gesichtspunkt „der Wirtschaft“ ansieht. Diese Kreise fragen überhaupt nicht danach, was aus den großen sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinden wird. Da sie im Zeichen des allgemeinen Wohlstands in den Großstädten nicht mehr den früheren Einfluß besitzen, so wollen sie diesen Einfluß auf dem Wege über die Reichsregierung geltend machen. Umsonst werden die sozialdemokratischen Vertreter auf dem Posten sein müssen, um solche Anschläge zu verhindern.

Die Ursachen plötzlicher Todesfälle beim Baden.

Es ereignet sich während des Sommers regelmäßig eine große Anzahl von Todesfällen durch Ertrinken, die nicht ohne weiteres erklärt werden können. Wenn kräftige, ans Baden gewohnte junge Leute von der Anstalt, vom Ufer oder vom Kahn aus ins Wasser springen und lebend nicht wieder auftauchen, so muß bei ihnen eine ungewöhnliche Todesursache angenommen werden. Für die nicht seltenen plötzlichen Todesfälle vieler Art müssen wir, so schreibt Prof. Dr. Heinrich Rosen (Berlin) im neuesten Heft der „Beitrag zur ärztlichen Fortbildung“, physiologische Ursachen, nämlich den Kältereiz und seine reflektorische Wirkung in Betracht ziehen. Subjektiv wird der Kältereiz im Bade anfänglich recht erheblich empfunden. Reflektorisch tritt eine Reihe unwillkürlicher Muskelbewegungen und Atembewegungen dabei auf. Es ist wohl denkbar, daß der Reiz des kalten Wassers unter gewissen Umständen so erheblich ist, daß er zum Tode führt. Atmungstillstand, Stillstand des Herzens durch Ueberbehnung seiner Höhlen, maximale plötzliche Änderungen des Blutdrucks, Ueberfüllung des Zentralnervengystems mit Blut können einzeln oder gemeinsam auf den tödlichen Ausgang hinwirken. Der Reiz des kalten Wassers wird umso stärker und schädlicher, je weniger abgekühlt die Haut vor dem Baden ist. Von alters her besteht daher der dringende Rat, erst nach Abtupfung der Haut an der Luft nach Entledigung der Kleider sich dem kalten Wasser auszusetzen.

Grauenhafter Lustmord in Leipzig.

Am Mittwochnachmittag wurde in Leipzig-Stötteritz, Baasendorfer Straße 53, ein grauamer Lustmord verübt. In der Wohnung des Chauffeurs Hermann Pösch wurde in Abwesenheit seiner Ehefrau, die sich auswärts zu einer Hochzeit befindet, die 20jährige ledige Arbeiterin Katharine Preichert ermordet aufgefunden. Es liegt zweifellos Lustmord vor. Der Mörder hat sein Opfer mit einem Beil erschlagen und ihm den Leib aufgeschlitzt. Im Mund des Mädchens befand sich ein starker Ankehl und um den Hals war ein Tuch gewickelt. Die Preichert, die bei ihren Eltern wohnte, war seit Montag vermißt worden. Da die Eltern Verdacht schöpften, daß sich ihre Tochter bei Pösch befinde, ließen sie die Wohnung gewaltsam öffnen. Die Mordkommission fand die bestialisch verstümmelte Leiche unter Decken und Kissen im Bett versteckt vor. Auch wurde ein abgerissener Finger der Preichert vorgefunden, und es wird angenommen, daß der Lustmörder diesen Finger abgehauen hat. Der Täter scheint sein Opfer in der Abwesenheit seiner Ehefrau in das Zimmer gelockt zu haben. Das geübte Mädchen war die Braut eines seiner Kollegen. Er hatte dem Mädchen schon längere Zeit nachgehakt. Der Mörder ist nach der Tat geflüchtet. Er konnte, wie in später Nachtstunde gemeldet wird, in Stettin verhaftet werden.

Ueber die Einzelheiten, die zur Aufdeckung dieses grauenhaften Lustmordes führten, erfahren wir folgendes: Das ermordete junge Mädchen war Dienstagvormittag 1/8 Uhr aus der elterlichen Wohnung fortgegangen. Als sie den ganzen Tag über und auch die Nacht nicht zurückkam, wurde die Mutter unruhig. Als auch der Vormittag noch verstrich, ohne daß die Tochter heimgekehrt war, ging die Mutter zur Polizei, um deren Hilfe bei der Auffindung anzufordern. Die Mutter gab an, daß eine halbe Stunde bevor die Tochter das Haus verlassen hatte, der Chauffeur Pösch, ein allgemein als nicht normal betrachteter Mensch, bei ihr gewesen sei und sie gebeten habe, einen Entschuldigungszeitel für die ihn beschuldigte Firma aus seiner Wohnung abzuholen und zur Firma zu bringen. Er müsse nach Stettin, wo auch seine Frau sei. Diese Angaben führten die Polizei in die Wohnung des Mörders. Sie war verschlossen und wurde mit Hilfe eines Schlossers geöffnet. Den Polizeibeamten bot sich ein grauenhafter Anblick. Im Bett lag die Leiche des vermißten Mädchens. Sie war völlig entleert. Die Hände waren gefesselt, der Hals mit einem Kopfkissen fest zugezogen, die rechte Seite der Schädeldecke war zertrümmert, der Bauch aufgeschlitzt, das letzte Glied des linken Ringfingers abgerissen, der Körper an vielen Stellen mit Wunden bedeckt. Es wurde festgestellt, daß ein Sittlichkeitsverbrechen und Mord verübt worden war. Ob das Sittlichkeitsverbrechen dem Mord oder die Mord die Sittlichkeitsverbrechen vorangegangen war, konnte noch nicht festgestellt werden. Näheres darüber wird erst die Obduktion der Leiche, die im Institut für gerichtliche Medizin vorgenommen werden wird, ergeben. Von den zahlreichen Mitbewohnern des Hauses, in dem der Mord geschah, hat niemand etwas bemerkt. Gegen Mittag sahen

die Nachbarn fortgehen. Es dürfte also ziemlich zweifelsfrei feststehen, daß die Greuelthaten sich in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags abspielten.

Stellenvermittlung für Musiker. Das städtische Arbeitsamt teilt mit: Die in den letzten Wochen durchgeführten amtlichen Musikerkontrollen haben ergeben, daß trotz der wiederholten Hinweise eine größere Anzahl Personen regelmäßig nebenberuflich tätig ist, ohne auf die stellungslosen Musiker und auf die Belastung der Erwerbslosenfürsorge Rücksicht zu nehmen. Diese ungetreue Doppelarbeit muß angesichts der großen Erwerbslosigkeit vorurteilt werden. In alle nebenberuflichen Musiker ergeht erneut die Aufforderung, jede ungetreue gewerbliche Musiktätigkeit zu unterlassen. Tagesgeschäfte dürfen nur mit Spielzeug ausweisen des Facharbeitsnachweises für Musiker, hier, Wächterstr. 26, Hof 1 Tr., Fernsprecher 28051, übernommen werden; hier können sich auch gute Nebenberufler jederzeit vorzeitig lassen. Gegen Zuwiderhandeln müßte in geeigneter Weise vorgegangen werden. Die Musikunternehmer, Lokalhaber und Vereine werden dringend gebeten, zur Verminderung der Fürsorgekosten beizutragen und alle benötigten Musiker bei dem Facharbeitsnachweis anzufordern, der gute Bedienung zusichert.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. Nach dem 35. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 29. August bis 4. September 112 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 22. bis 28. August 178, davon 106 Knaben und 72 Mädchen. 40 Lebendgeborene waren unehelicher Abkunft. Totgeborene wurden 3 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 29. August bis 4. September 126 Personen, darunter 21 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 58 männliche und 68 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Typhus 1, Keuchhusten 1, Ruhr 1, Tuberkulose 9, Krebs 17, Gehirnschlag 5, Herzkrankheiten 2, Lungenerkrankung 15, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 7, Magen- und Darmkrankheit, Brechruhrfall 1, Altersschwäche 6, übrige natürliche Todesursachen 41. 6 Personen erlitten tödlichen Unfällen und 4 endeten durch Selbstmord.

Musikalische Volksbibliothek. Die seit dem Frühjahr 1914 in Leipzig bestehende Volksmusikbibliothek, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit nur einem kleinen Kreis von Besuchern gerecht werden konnte, wendet sich zum ersten Male wendend an die Öffentlichkeit und ladet jeden zur Benutzung ein, der sich der Pflege guter Hausmusik widmen will, sowie das Bedürfnis hat, theoretisch, ästhetisch oder geschichtlich in das Wesen der Musik einzudringen und sich auf den Musikgenuss im Theater oder Konzert vorzubereiten. Als einziges Institut Leipzigs verleiht sie ihre Noten- und Bücherbestände bis auf geringe Einschränkungen außerhalb der Bibliotheksräume. Die im städtischen Grundstück Töpferstraße 2 untergebrachte Bibliothek ist bis auf weiteres nur Mittwochs und Sonnabends von 5-7 Uhr geöffnet. Bei der Anmeldung ist ein behördlicher Ausweis (Wohnungsschein) vorzulegen.

Wegfall eines Berliner Schnellzuges. Vom 16. September 1926 ab ist der zwischen Berlin-Leipzig-Hof-München verkehrende Schnellzug D 30, Leipzig Hbf. ab 10.15 Uhr vorm., sowie der Gegenzug D 31, München ab 11.05 vorm., Leipzig Hbf. an 7.30 Uhr abend, ab 7.49 Uhr abends, in Wegfall gekommen.

Konzert und Feuerwerk auf dem Weichplatz. Freitag, den 17. September 1926, nachmittags 4 bis 6 Uhr, findet das letzte der Unterhaltungskonzerte auf dem Weichplatz statt. Leitung: Musikdirektor Neumann. Am Abend, nach Eintritt der Dunkelheit, wird ein großes öffentliches Feuerwerk abgebrannt.

Briefkasten

Artur M. Die Frage, wor die Reparaturkosten für das Rad zu erlegen hat, läßt sich nach Ihrer Darstellung nicht klar beantworten. Der Tierhalter ist für den Schaden, den seine Tiere anrichten, ersatzpflichtig. Hier ist aber zu entscheiden, ob der Schweiger, der das Pferd führte, verantwortlich gemacht werden kann. Wir verstehen Ihre Darstellung so, daß Sie freiwillig geholfen haben, das Pferd mit auf den „richtigen Weg“ zu bringen. Da entsteht die Frage, ob Sie nicht vorhersehen mußten, ob das Rad an dem Platze, an den Sie es stellen, gefährdet war. Tragen Sie die Sache mündlich dem Arbeitersekretariat, Leipzig, Zeiger Straße 32 (Volkshaus), vor. Dort wird man Ihnen ausreichende Auskunft geben können. Im Volkshaus hat auch die Volksfürsorge ihre Geschäftsräume. Dort können Sie auch Auskunft über die Selbsthilfe in der Feuerversicherung erhalten.

Wo ruft die Pflicht?

Bezirksparteitag der SPD.

Der engere Bezirksvorstand beruft für Sonntag, den 19. September, vormittags 9.30 Uhr, nach Leipzig, Volkshaus, Gesellschafts-saal, einen Bezirksparteitag ein.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Landtags- und Gemeindevahlen. Referenten: Gen. Lipinski und Freitag.
2. Aufstellung der Kandidaten.
3. Anträge.
4. Parteiangellegenheiten.

Anträge für den Bezirksparteitag sind an den engeren Bezirksvorstand (Bezirkssekretariat) bis spätestens eine Woche vor Stattfinden des Bezirksparteitages einzureichen.

Auf je 250 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Maßgebend für die Zahl der Delegierten ist die am 1. Januar 1928 vom Unterbezirk ausgewiesene Zahl der Parteimitglieder, für die Beiträge an das Bezirkssekretariat abgeliefert worden sind. Die weiblichen Mitglieder sind entsprechend ihrer Zahl zu berücksichtigen.

Auswahlberechtigt sind die mit Mandaten versehenen Delegierten und stimmberechtigten Mitglieder des Bezirksvorstandes. Die Mandate werden nach Feststellung der genauen Mitgliederzahlen den einzelnen Unterbezirkssekretariaten für ihre Ortsvereine zugewandt.

Die Kosten der Delegationen sind möglichst von den Ortsvereinen selbst zu tragen.

Leipzig, den 17. August 1928.

Der engere Bezirksvorstand der SPD, Leipzig.

Funktionäre.

Neuschönefeld. Sonnabend, den 18. September, abends 8 Uhr: Wichtige Sitzung im „Sophienhöfchen“. U. a. Vortrag des Genossen Seipold über die praktische Arbeit unserer Funktionäre bei den kommenden Wahlen. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Döitz. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr im Park Döitz.

Frauen.

Heute abend 7.30 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Volkshaus. Genossin Dr. Epstein spricht über: „Das neue Strafrecht und die Todesstrafe.“ Die Genossinnen besuchen geschlossen aus ihren Bezirken die Versammlung.

Frauenagitationskommission.

Leipzig-Dt. Montag, den 20. September, abends 8 Uhr, spricht Genossin Rudolf Herr über „Die soziale Stellung der Frau einst und heute.“

Großschöcher. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Lindengarten: Vortrag des Genossen Lehrer Klippgen über: „Nacht uns unsern Kindern leben.“ Genossin Klippgen begleitet seinen Vortrag mit Rezitationen und Klavierbeiträgen.

Gohla. Montag, den 20. September, abends 8 Uhr, im Rickau-Ausgang: Vortrag des Genossen Alfred Kern über: „Lily Braun.“

Jungsozialisten.

Engelsdorf. Morgen Freitag um 8 Uhr im Vereinszimmer der SPD.

Rausdorf. Morgen Freitag um 8 Uhr im Bibliothekszimmer der SPD.

Elternräte.

Wichtige Elternräte und Erzieherinnen der Volksschulen (12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 24. und 53. Volksschule) Freitag, den 17. September, abends 8 Uhr, in den Rheingold-Hallen (Selterhausen): Außerordentlich wichtige Sitzung. Alle müssen unbedingt vertreten sein.

Gemeinschafts-Kinderfreunde.

Alt-Leipzig (Süd), Gruppe Vorwärts. Sonnabend 5 Uhr über wir für das Sommerfest. Wir veranstalten in den Ferien eine Zwei-Tage-Wanderung vom 20. September bis 1. Oktober nach Weissenburg in Thüringen. Kosten 2,50 Mk. Anmeldung und Besprechung am Sonnabend.

Kindersch. Ost-Südost. Wir haben in der letzten Singstunde eine zweitägige Herbstfahrt beschlossen und fahren am Sonnabend, dem 2. Oktober, nach Neumühle im Zeitzgrund, dem schönen Ferienheim der Leipziger Gewerkschaften. Eltern sind hiermit eingeladen und zahlen für die Sonntagstour bis Stadtrada 5 Mk. Kinder müssen 2,50 Mk. Essen für einen Tag und Trinkbecher mitbringen. Alles weitere besprechen wir morgen in der Singstunde, wo auch die Anmeldungen erfolgen können.

Wotan. Spielen der Kinder von 12 bis 14 Jahren. Montags: Mädels, Basteln von 6-7.30 Uhr. Helferinnen: Elsa, Roserl, Urfel. Mittwochs: Gemeinsames Spielen der großen Gruppe von 6 bis 7.30 Uhr. Donnerstags: Jungen, Basteln von 6 bis 7.30 Uhr. Helfer: Max, Helmut, Urfel. — Kinder von 6 bis 12 Jahren spielen Freitags von 5.30 bis 7 Uhr. Helfer: Werner, Lene, Selma, Roserl, Helmut. — Montag, den 20. September: Spielgemeinschaft (alle Helfer) 8 Uhr im Paradies. Montag, den 27. September: Helferabend pünktlich 8 Uhr im Paradies.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Unterbezirk Leipzig-Land. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Volkshaus Leipzig (Zimmer an der Tafel): Sitzung der Vorstände und technischen Leiter des gesamten Unterbezirks einschließlich der Ortsgruppen Pegau, Großsch. und Delitzsch. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.

Ortsgruppe Taucha. Morgen Freitag 8 Uhr: Versammlung in der Schule. Erscheinen ist Pflicht.

Mitglieder-Beranstaltungen

Marktseeberg. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Gasthof: Monatsversammlung. Tagesordnung: Fortsetzung des Kurus Herrs und Gemeindevorstandswahlen.

Wagwitz-Lindenaue-Schleußig. Sonnabend, den 18. September, abends 8 Uhr im Schloß Lindenaue, Partieresaal: Sehr wichtige Sitzung. Die Tagesordnung ist so wichtig, daß jeder zu erscheinen hat.

Stahmeln. Sonnabend, den 18. September, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde“: Vortrag des Genossen Georg Krögen über: „Die Arbeitslosigkeit und das Proletariat.“

Großsch. Sonnabend, den 18. September, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhaus: Parteiversammlung. Bericht von der Unterbezirkskonferenz, Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.

Aus dem Stadtparlament.

Gemeinsame Sitzung des Rates und der Stadtverordneten.

Vor der gestrigen Stadtverordnetenversammlung fand eine gemeinsame Sitzung der Stadtverordneten und des Rates statt, die sich mit Vorschlägen des Einigungsausschusses wegen der beschlossenen Erhöhungen verschiedener Ansätze des Haushaltsplanes zu beschäftigen hatte. Eine längere Aussprache entspann sich wegen der von den Wirtschaftspolitischen beantragten Erhöhung des Messerzuschusses von 100 000 auf 200 000 Mark. Der Vorsitzende Jund lehnte sich in höchst energiegeladener Person für die hundertprozentige Erhöhung des Messerzuschusses ein und wandte sich gegen den Beschluß des Einigungsausschusses, es bei den 100 000 Mark des Haushaltsplanes zu belassen. Leipzig werde zu einer Provinzialstadt herabfallen, wenn die Messe verlorengelange, was gar nicht zu befürchten ist. Denn wenn die Erhaltung der Messe und Leipzigs als Weltstadt von den 100 000 Mark abhängen sollte, dann wäre es schlimm um die Stadt bestellt. Herr Jund glaubte etwas die auftragen zu müssen, um 100 000 Mark mehr für das Reichamt herauszuholen. Dabei hatte der Oberbürgermeister in dem Einigungsausschuss erklärt, daß die höheren Zuwendungen für das Reichamt überflüssig seien. Auf eine Aufforderung des Demokraten Herz, der Rat möge sich über die Angaben des Oberbürgermeisters im Einigungsausschuss nochmals erklären, erwiderte Bürgermeister Kubitz, daß er eine Erklärung nicht abzugeben vermöge.

Genosse Freitag wies den verfehlten Vorwurf des Vorsitzenden zurück, daß die Sozialdemokratie kein Verständnis für die Messe habe, und betonte mit Recht, daß Herr Jund mit seinen Ausführungen der Stadt nicht gebietet habe; denn sie müßten bei Ungehörigkeiten den Eindruck erwecken, entweder pfeife die Messe auf dem letzten Loch, oder die Stadtverordneten haben für sie kein Verständnis. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die geforderten 100 000 Mark ab.

Schließlich wurde ein Antrag Enke, die Verhandlungen wegen des Reichamtes nochmals aufzunehmen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Sitzung der Stadtverordneten.

Die Verhandlungen der Stadtverordneten begannen mit der Beratung einer Ratvorlage, die verlangt, die jährliche Waabe für das Untergrundbahnhaus von 20 000 Mark auf 10 000 Mark herabzusetzen. Der Finanz- und Vertriebsausschuß beantragte, dieses abzulehnen und den Rat zu ersuchen, eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Messe- und Ausstellungen-Aktiengesellschaft zu verlangen. Der Wirtschaftspolitische Komitee lehnte sich für die Herabsetzung ein und behauptete, daß der Rat etwas fordere, was ihm nicht zustehe. Die Demokraten ließen durch ihren Redner erklären, daß sie umfassen würden, wenn die Bedingung an die Herabsetzung der Waabe geknüpft werde, daß diese den Mietern zugute kommt. Die Bedingung wurde beschlossen, und die Ratvorlage gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen angenommen.

Aufhebung der Flugsteuer Bremen-Hannover-Leipzig.

Die Stadt Leipzig hatte mit der Aero-Flug-V.G. einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge die vorbestimmte Flugsteuer eingebracht und von der Stadt 70 000 Mark für den Betrieb zur Verfügung gestellt wurden. Es wurde in Aussicht gestellt, daß durch die Beteiligung der Stadt das Geld nach und nach wieder eintomme. Tatsächlich hat sie etwas über 13 000 Mark erhalten. Die Flugsteuer soll jetzt nicht mehr besolgt werden. Der Rat ersucht, die 57 000 Mark als verlorenen Zuschuß zu betrachten. Die Ausschüsse beantragten, das Ratverlangen abzulehnen. Genosse Mahnerz wendet sich scharf gegen die derzeitige Flauserei, die Stadt werde das Geld zurückhalten. Es müde an, als ob die Flugsteuergesellschaft den ganzen Verwaltungsapparat mit seinen enormen Kosten nur aufgezogen habe, um einigen abgetakelten Offizieren angenehme Unterkunft zu verschaffen. Bürgermeister Kubitz gibt zu, daß seinerzeit falsche Aussichten hinsichtlich der Wiedererlangung der Gelder eröffnet worden seien. Aber wenn eine Stadt Flugverkehr haben wolle, müße sie auch Zuschüsse leisten.

Nach kurzer weiterer Auseinandersetzung zwischen dem Genossen Mahnerz und dem Bürgermeister Kubitz, in deren Verlauf auch die Kommunisten die Ablehnung des Ratverlangens forderten, wird die Vorlage von den bürgerlichen Fraktionen angenommen.

Keine Nebenerrilline für die Stadtverordneten.

Die Kommunisten verlangten durch Schenker in einem Dringlichkeitsantrage, eine Nebenerrilline im Stadtverordnetenrate aufzustellen. Der Ratsliche Güttel trat für den Antrag ein. Dieser fand aber keine Mehrheit. Für bauliche Veränderungen im Stadtverordnetenrate wurde 25 000 Mark bewilligt.

Eine kurze Debatte entspann sich über eine Vorlage des Rates, die sich mit der

Verteilung der für die Unterstützung der Privatschulen bewilligten Gelder

beschloß. Bei der Haushaltsplanberatung waren 35 700 Mark zur Unterstützung von Privatschulen bereitgestellt. Der Rat legte den Verteilungsplan vor, demzufolge die Unterstützung für die Glaserische und für die Schmidtsche Handelsschule auf die Hälfte herabgesetzt werden soll.

Der Demokrat Professor Herz beantragte, in Erwägungen darüber einzutreten, auf welche Weise den in Frage kommenden notleidenden Lehrkräften geholfen werden könne. Der Wirtschaftsparteiler Wittlich sang ein jades Loblied auf die Privatschulen, die billiger seien als die städtischen Schulen. Die Kommunistin Frau Beier dagegen ergeht sich in grundsätzlichen Darlegungen über die Wider Sinnigkeit der Privatschulen und forderte Ablehnung der Vorlage. Demgegenüber hob Genosse Lang hervor, daß es sich nicht um die Bewilligung von Mitteln, sondern um die Verteilung bereits zur Verfügung gestellter Gelder handle, und daß die Vorlage einen Abbau der Privatschulen bedeute. Die Ablehnung der Vorlage würde alles beim alten lassen, so daß der Rat unter Umständen noch mit Nachtragsforderungen kommen müsse. Dann hieß Genosse Lang Herrn Wittlich eins über das privatschulbegünstigte Mäuschen, indem er ihm entgegenhielt, daß die meisten Privatschulen nicht errichtet wurden, um der Stadt eine Bildungsaufgabe abzunehmen,

sondern um ein glänzendes Geschäft zu machen. Wenn man den durch Abbau der Privatschulen getroffenen Lehrkräften helfen wolle, könne es nicht durch kleine monatliche Beihilfen, sondern nur dadurch geschehen, daß man sie im öffentlichen Schulwesen beschäftige.

Es folgten noch einige lahmte Entgegnungen Wittlichs sowie die Erklärung des Kommunisten Schneller, daß sie nach den Ausführungen des Genossen Lang dem Abbau zustimmen würden. Daraufhin wurden der Verteilungsplan und der Antrag Herz angenommen.

Erziehungsbefehle für Schülerinnen und Schüler des 9. und 10. Schuljahres.

Der Rat hatte verlangt, die Erziehungsbefehle um 10 Mark monatlich herabzusetzen. Der Schulausschuß empfiehlt einen Antrag der Sozialdemokraten, nach Möglichkeit den Schülern und Schülerinnen des 9. und 10. Schuljahres Erziehungsbefehle in der gleichen Höhe zu gewähren wie den übrigen Schülern und Schülerinnen. Dieser Antrag wird nach unwesentlichen Darlegungen von Schneller und Herz angenommen.

Umbildung des Ratsausschusses für das höhere Schulwesen.

Die Stadtverordneten hatten im Februar gefordert, den Ratsausschuß für das höhere Schulwesen in einen gemischten Ausschuß umzuwandeln und diesen gemischten Ausschuß mit den gleichen Befugnissen auszustatten, die jetzt der Ratsausschuß hat. Der Rat lehnt ab. Schul- und Verfassungsausschuß beantragten, auf dem Beschluß zu beharren. Genosse Böhlerz legt dar, daß es nicht genüge, auf dem Beschluß zu beharren; das Schulanpassungsgefeß gebe den Stadtverordneten ein Recht auf die erhobene Forderung, die auch das Recht der Mitwirkung bei Anstellungen einschließe. Der Ratsvertreter Professor Stahl bestreitet dies. Es gebe wohl eine Kannbestimmung nach dieser Richtung. Diese zu klären, sei das einzige, was sich erreichen lasse.

Die Stadtverordneten beschließen, auf ihrem Beschluß stehen zu bleiben. Weiter wird ein Antrag des Genossen Böhlerz angenommen, die Kommission für das höhere Schulwesen neu zu bilden.

Der Verein zur Verbüßung der Hausbesetze

pflegt auf dem letzten Loch. Er will sich mit dem Hygieneverein für Obdachlose verschmelzen und, entgegen den statutarischen Bestimmungen, das bei Auflösung der Stadt zufallende Vermögen dem Hygieneverein zuführen. Der Rat ist einverstanden. Im Betrach kommt eine Summe von 1800 Mark. Genossin Schult greift eine Redewendung auf, die 1800 Mark könnten den Rat nicht retten. Sie verweist auf die beschämende Tatsache, daß einmal ein Kinderheim nicht eröffnet werden konnte, weil vom Rat die dazu erforderlichen 2000 Mark „nicht zur Verfügung“ gestellt werden konnten. Der Verein für Obdachlose sei nicht lebensfähig und werde es auch mit den 1800 Mark nicht. Auch die Kommunisten hatten sich gegen die Vorlage gewendet. Sie wird jedoch von den Bürgerlichen zur Annahme gebracht.

Amliche Stimmzettel für die Stadtverordnetenwahlen.

Hirschmeier beantragt für die U.S.P., bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen amtliche Stimmzettel zu verwenden. Genosse Freitag verweist auf die durch eine solche Maßnahme begünstigte Bildung von Spitzerverträgen, die zum Nachteil der Kommunalarbeit überall hin und her pendeln. Im übrigen betont er, daß der Antrag in der eingebrachten Form gar nicht zum Ziele führen könne, und beantragt, ihm die folgende Fassung zu geben:

Das Kollegium ersucht den Rat: 1. Bei der Regierung wegen einer Ausnahmebewilligung zur Benutzung amtlicher Stimmzettel bei der Stadtverordnetenwahl vorzulegen zu werden, wenn nicht durch Änderung der Wahlordnung die Verwendung amtlicher Stimmzettel allgemein angeordnet wird. 2. Entweder getrennte Wahlurnen oder verschiedenfarbige amtliche Umschläge für die beiden Geschlechter der Wähler zu benutzen.

Nach einigen zustimmenden Aeußerungen des Kommunisten Burke läßt der Vorsitzende zuerst über den Antrag Hirschmeier abstimmen. Dadurch fiel der erste Teil des Antrages Freitag. Der zweite Teil des Antrages wurde angenommen. Nur die Demokratin Mendelssohn-Partoldy stimmte dagegen.

Rostbandsarbeiten und Rostbandsarbeiter.

Die Kommunisten beantragen: „Das Kollegium wolle beschließen: 1. Allen von der Stadt beschäftigten Rostbandsarbeitern ist während der Dauer ihrer Beschäftigung die volle Mäßigkeit der Beschäftigung zu geben. 2. In Regentagen darf ein Aussetzen nicht stattfinden, vielmehr sind die Rostbandsarbeiter mit anderen Arbeiten zu beschäftigen. 3. Bei Vergebung von Rostbandsarbeiten an private Unternehmer ist diese Bedingung als Voraussetzung der Auftragserteilung zu machen.“

Genosse Lortus weist die Antragsteller darauf hin, daß der Antrag sich gar nicht verwirklichen lasse. Deshalb schläge er Ausschussberatung vor. Es müße unter allen Umständen den Erwerbslosen geholfen und auch erwogen werden, wie man angesichts der vielen Regentage den Rostbandsarbeitern eine Milderung ihrer harten Lage bringen könne.

Dem Rat ins Stammbuch.

Vor längerer Zeit hatte der Stadtverordnete Zieger den Rat um eine einmalige Unterstützung ersucht. Der Rat hatte das Gesuch mit dem Hinweis abgelehnt, daß Zieger ihn in Stadtverordnetenversammlungen des Älteren scharf angegriffen habe, und hinzugefügt, er legte überhaupt nicht, daß Zieger ein solches Ansuchen stellen konnte. Vom Stadtverordneten Hirschmeier war diese Antwort in einer Stadtverordnetenversammlung kritisiert und dann auf Antrag der Sozialdemokraten der Ausschussprüfung überwiesen worden. Der Verfassungsausschuß hat daraufhin beantragt, zu beschließen:

„Das Stadtverordnetenkollegium protestiert entschieden gegen die Art der Begründung, die der Rat bei Ablehnung des Gesuchs des Stadtverordneten Zieger eingeschlagen hat, und mißbilligt das Verhalten des Rates.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Über eine erfolgte Wahl für den Aufsichtsrat der Städtischen Baugesellschaft beräteten wir an anderer Stelle.



Besonders beliebt zum Tee und Wein! Sandtorte

Gebacken mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“, Dr. Oetker's feinem Stärkepuder „Gustin“ und Dr. Oetker's „Vanillin-Zucker“

Zutaten:
 1/2 Pfd. Butter, ungesalzt od. gewaschen, | 1/2 Pfd. feinstes Weizenmehl,
 1/2 Pfd. Zucker, | 1/2 Pfd. Dr. Oetker's feines Stärkepuder „Gustin“,
 4 Eier, | 1 Teelöffel Dr. Oetker's Vanillin-Zucker,
 1 Teelöffel Dr. Oetker's Backpulver „Backin“.

Zubereitung: Die Butter wird etwas erwärmt und schaumig gerührt. Dann gibt man allmählich Zucker und den Vanillin-Zucker hinzu. Hierauf 1 Ei und etwas Mehl, das vorher mit Gustin und dem Backpulver gemischt wurde, ist dies gut verrührt, wieder 1 Ei und etwas Mehl hinzugeben, bis die Eier und die Mischung verbraucht sind. Die Masse wird in eine mit Butter ausgeglichene Form gegeben und bei mittlerer Hitze rund eine Stunde gebacken. Sandtorte hält sich lange Zeit frisch und ist ein beliebtes Gebäck zum Tee und Wein.

Verlangen Sie in den einsch. Geschäften die neuen farbig illust. Rezeptbücher, Ausgabe P für 15 Pfennig, wenn nicht zu haben, gegen Einsendung von Marken von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Spiele, Sport, Körperpflege

Siegesjägererei.

Sportliche Leistungen werden jetzt besonders gefeiert. Man zollt ihnen alle Aufmerksamkeit, hebt sie hervor, besonders dann — wenn sie, vom „nationalen“ Gesichtspunkte aus betrachtet, eine willkommene Gelegenheit bieten, um deutsche Leistungen, deutsche Kraft, deutsche Energie, deutschen Siegeswillen vor aller Welt darzutun. Nademacher, der vor Wochen als siegreicher Schwimmer in Amerika den Triumph an seine Fahne heftete — er wurde in Deutschland festlicher und enthusiastischer empfangen und begrüßt, als alle Staatsmänner, die sich bisher in langwierigen Verhandlungen und Konferenzen zum Wohle der Bevölkerung für eine friedvolle Verständigung mühten und aufopfert. Selbst der Reichspräsident empfing den Schwimmer und Sportmann, der vielleicht niemals daran dachte, daß sein „Sieg“ staatspolitische Bedeutung haben sollte...

Eine zweite sportliche Leistung hält seit einigen Tagen die Welt in Atem. Eine junge Schwimmerin durchquerte den Kanal. In der deutschen Presse wurde mit Begeisterung festgestellt, daß Gertrud Ederle, die erfolgreiche Schwimmerin, eine Deutsche Amerikanerin ist... Wobei natürlich Wert gelegt wird auf die Hervorhebung der deutschen Abstammung. Man hat das schon mit einem solchen Nachdruck bei irgend einem Empfang getan, daß der Manager der Schwimmerin sich darüber in seinem Nationalempfinden sehr verlegt fühlte. Man brauchte sich kaum zu wundern, wenn es unter Umständen noch einen diplomatischen Zwischenfall gäbe, hervorgerufen durch die läbliche Welt, mit der man von deutscher Seite die Trommel rührt, so mächtig — daß sie einen lästigen Mißklang gibt

und aufdringlich in den Ohren der Welt widerklingt als das bekannte „Deutschland, Deutschland über alles“ in lächerlichem deutsch-nationaler Revanche und Größenwahnpolitiker.

Der „nationale“ Mann aber hat seine Genugtuung. An deutscher Art kann er sich nun wieder veraufhen. Doch während er noch diesen letzten „Sieg“ in seinem Sinne feiert, deutsche Kraft allein als beispiellos in seinem freubetrunknen Kopfe kreist, kommt die Meldung, daß eine zweite Frau, eine Amerikanerin, den Kanal durchquert hat.

Wieder kann man von einer sportlichen Leistung schwärmen, wieder von einem „Sieg“, wenn auch nicht von einem unbedingt deutschen. Aber als Dänin, der Abstammung nach — die Frau ist keine geborene Amerikanerin — wird man auch da vielleicht die Nachbarschaft des Staates als einen Anlaß nehmen, den Sieg ebenfalls gebührend zu würdigen.

Vielleicht aber auch nicht. Denn auf die gigantische Leistung der Schwimmerin fällt ein Schatten. Einem Pressevertreter hat die erschöpfte Frau erklärt: „Ich war entschlossen, es fertig zu bringen (die Kanalüberquerung) oder unterzugehen. Ich muß Geld für meine Kinder machen...“

Natürlich ist mit diesen Worten dem „Sieg“ aller Nimbus genommen. Das wahre Gesicht der kapitalistischen Gesellschaft taucht mit dem Gesandnis einer verzweifelten Mutter auf. Und so entfällt sich in Wirklichkeit die nationalstijlich ausgelegene Sport-

L. Gohlis. Turnverein Leipzig-Nord. E. V.
Sonntag, den 18. September
Herbstbergnügen und Ball im Schloß Drachense.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Programm 30 J., an der Kasse 40 J.
Recht zahlreichem Besuch steht entgegen
Der Turnrat.

liche Siegesjägererei als ein Geschäft, bei dem die Dollarsnoten der Anlaß zur äußersten Kraftanstrengung sind... Joh. Berthold.

Der italienische Fußballsport unter Staatskontrolle.

Die Regierung Mussolini hat die Leitung des italienischen Fußballverbandes abgelöst. Auf Anweisung der Regierung hat der Vorsitzende des italienischen Olympischen Komitees sämtliche führende Persönlichkeiten ihrer Ämter entzogen. Der Sitz des Verbandes wurde von Turin nach Bologna verlegt. Die Gründe über die Auflösung des Verbandes sollen in der Entartung des italienischen Fußballsportes liegen, die in einem widerlichen Verfall begründet ist. In Rom wurden j. B. bei dem aus Anlaß des Fiska-Kongresses veranstalteten Spiel nicht nur der Schiedsrichter, sondern auch Funktionäre und die Verbandsführer verprügelt. Im Vorjahre mußte das Entscheidungsspiel um die italienische Meisterschaft fünfmal wiederholt werden, wobei es zu furchtbaren Zusammenstößen zwischen den Anhängern der beiden Vereine gekommen ist. Das letzte Entscheidungsspiel fand dann am frühen Morgen eines Wochentags unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter dem Schutze einer Kompanie Carabinieri statt. Für gute Spieler zahlte die Vereine untereinander fünf bis sechshellige Ablosungssummen, gute ausländische Kräfte wurden besonders bevorzugt und die Mannschaften während der Meisterschaftsspiele hoch bezahlt.

Die Regierung hat jetzt die Einführung des offenen Berufsspielerturns befohlen und eine Verfügung erlassen, daß in den Mannschaften, die sich an den Spielen um die Meisterschaft beteiligen, nicht mehr wie ein Ausländer sein darf.

Die Herbstmode des deutschen Hutes!

Die neueste Mode des deutschen Herren-Hutes ist maßgebend für die Weltmode und zelebriert dies die **Leipzig Herrenhut-Geschäfte** in ihren Schaufenstern vom 16. bis 25. September (Siehe Inserat)

Baugenossenschaft L.-Lindenau

E. G. m. b. H. in Leipzig-Lindenau.

Sonntag, den 20. September 1926, vorm. 10 Uhr

Außerordentl. Generalversammlung

in Stadt Altenburg, Markt Lindenau.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand des Neubaus in der Bismarckstraße
2. Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates:
 - a) Inangriffnahme eines neuen Bauprojektes.
 - b) Beitritt zur Deutschen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft (Dewoag).
3. Verschiedenes.

Wir erwarten vollständiges Erscheinen.

Das Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

S. A.: Max Heine.

J. A.: A. Carius, Ferd. Schubert.

Für Feinschmecker



Anerkannt beste Tafelbutter
In den meisten ein-schl. auch durch Plakate kenntlichen Lebensmittelgeschäften stets frisch zu haben
Auf Anfrage welse Verkaufsstellen nach.

Achtung!

Original-Südweine vom Fass!
Konkurrenzlos billig!

Tarragona tawny rot . . . 1.20 1.15 **1.10**
Malaga, golden, süß . . . 1.40 1.30 **1.20**
Samos, golden, süß . . . 1.40 1.30 **1.20**

Alles per Liter vom Fass einschl. Steuern
Gefäße mitbringen

Unser Schlager: Zitronenmost nur **1.20**
Französischer Rotwein **1.25**

WilhelmHORN

Johannisplatz 15—Johannsgasse 35
Sidonienstraße 51, Ecke Zeltzer Str.
L.-Lindenau: Jundorfer Straße 29, neben dem Kino
L.-Neustadt: Eisenbahnstraße 115b
L.-Anger: Zweinaundorfer Straße 3
Durchgang Neumarkt 3—Univereitätsstraße 8

Jeder Partei- und Gewerkschafts-
genosse kauft seine geistige
Nahrung nur in seiner
Partei- und Gewerkschafts-
buchhandlung!

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager
aus sämtlichen Wissensgebieten
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung und deren Filialen

Außergewöhnlich günstig sind unsere

REKLAME-TAGE!

Besichtigen Sie bitte unsere 12 Fenster und überzeugen Sie sich von den Vorteilen unseres reichhaltigen Angebotes! Hier nur einige Beispiele:

Die in dieser Spalte verzeichneten Schlagerposten bieten in Preis und Qualität eine nie wiederkehrende Gelegenheit!

Kinderstiefel mit durchgehendem Boden, schwarz m. Absatz feste sohlige Verarb., Gr. 25	2 75	Damenstiefel schwarz . . . Größe 38/39 nur	3 90
Mädchenstiefel schwarz und braun, gute Verarb., Rossposten . . . Größe 33/35 nur	4 95	Mädchenstiefel schwarz, Rindbox, pa. Qual., mit halbhohem Absatz besonders billig Gr. 38/39 nur	5 90

Damen-Spangenschuhe schwarz, mit amerikanischem Absatz, bequeme Form, alle Größen . . . nur **6 90**
mit L. XV.-Absatz, einfache u. durchbrochene Spange, alle Größen . . . nur **7 90**

Lack-Spangenschuhe für Damen mit amerikanischem Absatz, bequeme Form, alle Größen nur **7 90**
mit L. XV.-Absatz, einfache u. durchbrochene Spange, gute Verarbeitung . . . alle Größen nur **8 45**

Ein Schlager für sich. Billig! Billig!
Herren-Sportstiefel, solide u. feste Verarb., mit wasser-dicht Futter u. Staublasche, alle Gr., braun nur **10 90**, schwarz **11 90**

Herren-Stiefel, Rindbox, braun, mit Wildleder-Einsatz, weiß gedopp., bequeme Form . . . braun **11 75**, schwarz **9 85**

Kinderstiefel schwarz Rindbox schöne Schulstiefel . . . Größe 31/35 **6 75**, 27/39 **6 25**

Herren-Halbschuhe schwarz, Rindbox, weiß gedoppelt, Größe 10/45 . . . nur **9 75**

Herren-Halbschuhe mit Nubok-Einsatz, schwarz, weiß, gedopp., alle Größen . . . nur **11 75**

Turnschuhe, Schlüpfer, Sandalen, Arbeits-, Schaff- und Reittstiefel zu äußerst billigen Preisen!

Beachten Sie bitte unsere Verkaufsstellen
Königsplatz 7 Brühl 5 Reichsstraße 22
Crusiusstraße 1, Ecke Thubchenweg Kolonnenstraße 32
Schuhwarenhaus
HÖNIGSBERG
Zentrale: Leipzig, Windmühlenstraße 31, Hof, Hintergebäude
Engros-Verkauf. — Telefon 23616 und 28206
Zweigniederlassungen: Halle a. S., Große Ulrichstraße 34
Geisstraße 9. — Telefon 6985.

Ich habe mich **Südstraße 49, II.** niedergelassen.

Arthur Fricke, Dentist
Sprechzeit 9—12, 3—6, Mittwochs 9—2

Dr. FROELICH zurück

Moderne, nur solide Fußbekleidung in höchster Vollendung
Schuhe für empfindliche Füße
Original Oechterer Filzschuhe in großer Auswahl

Bruno Hesche
Leipzig, Eisenbahnstraße 60.

Auf Kredit
Schiffstimmer Räder mit 3 Marsch-Abstufung
Scherbel Sackmaschinen Nr. 30

Kinderwagen
Klappwagen Puppenwagen Teilz., sofort Mitn. Elsterstraße 48, I.

Gesellschaftshaus Felsenkeller

Größe und schönste Vergnügungsalte Leipzig-West
Morgen Freitag, ab 7 Uhr

Vornehmer Ball

mit Leipzigs anerkannt bestem Ballorchester
Tanz frei! Tanz frei!
Leipzig-Plagwitz, Straßenbahn 2 u. 3 — Telefon 40119

Goldener Helm

Morgen Freitag, ab 7 Uhr

Tanz frei! BALL Tanz frei!

In der Diele: Miramar Band — Stimmungs-Musik
Kleiner Saal für Hochzeiten und Gesellschaften.
L.-Eutritzsch, Straßens. 14, 16. Fernr. 17493(53483) Gräfeltr.

Licht-U.T. Spiele

217 631 Besucher
sahen in einer Spielwoche in Berlin den ersten D. L. S.-Film

An der schönen blauen Donau

Das sagt alles!
Im bunten Teil u. a. Aufnahmen vom diesjährigen

Jahrmarkt in Taucha
Jugendliche haben Zutritt!
Beginn 4.30 6.30 8.30
Hansir 19.

Spisekartoffeln **Maurer-**
gelöstlich, gibt ab Freitag am Friedrich-Waldern, Tauchaer Weg, rutenwiese aus
Eckardt, Sophienstr. 111

Otto Arndt, Lindenthal

Zum Schmück des Heims: Gardinen Teppiche

Reiche Auswahl! Billige Preislagen!

Etamin-Halbstores mit Filet-Motiv	3 75
Madras-Garnitur dunkelgründig, Sebals 80 breit	12 50
Tapestry-Teppiche ca. 200x300 47.00, ca. 160x230	31 50
Plüsch-Teppiche ca. 200x300 77.00, ca. 160x230	52 00

Oldolf Müllner

Petersstraße 9
Im ersten Stock, kein Laden.

Bei der Reichsbahn alles in Ordnung?

Zum Attentat von Leiferde.

Im Vorwärts schreibt der Reichstagsabgeordnete Genosse Schaffner-Hannover:

Ein höchstes Aufatmen mag durch die Amtsstunden der Reichsbahngehilfen gegangen sein, als die Nachricht von der Feststellung der Attentäter von Leiferde ins Land gedrungen wurde. Auch das deutsche Volk würde mit Freuden aufatmen, wenn es das sichere Gefühl haben könnte, daß mit der Dingfestmachung zweier entlegener Menschen nun ja wieder alles gut geworden sei. Doch weit gefehlt. Herrscht doch in den allerweitesten Volkskreisen — auch in den der Reichsbahn sonst wirklich wohlgesonnenen — die festsitzende Überzeugung, daß auch der Erfolg des Attentats von Leiferde im wesentlichen als Ausfluß eines schlechteren Systems zu werten ist.

Ich persönlich habe mich auf einigen Abschnitten der Strecke Berlin—Hannover überzeugen müssen, daß ein erheblicher Teil aller Schwellenschrauben so lose sitzt, daß die Unterlegstschrauben mit der Hand nach Betreten zu drehen und häufig 2 bis 3 Millimeter zu heben sind. Schwellenschrauben können ohne jedes Werkzeug, also mit bloßen Fingern und ohne jede Kraftanstrengung herausgeschraubt, ja fast herausgehoben werden. Es fällt mir nun nicht ein zu behaupten, daß diese Umstände die Ursache für Eisenbahnunfälle sein müssen. Aber alle Eisenbahn-„Fachmänner“ vermögen nicht hinwegzuleugnen, daß sie beim Auftreten gewisser ungünstiger Faktoren, z. B. besonders heftigen Schleuderbewegungen, selbst auf völlig geraden Strecken die Ursache für Entgleisungen sein können. Daß die Gefahrenquelle in Kurven eine wesentlich größere ist, ist selbstverständlich. Die Herren Eisenbahnattentäter werden übrigens für die leichtste Lösung der Aufgabe der Schienenlösung gewiß recht dankbar sein.

Die Reichsbahndirektion scheint sehr vertriebt zu sein in ihre bis in die neueste Zeit hinein wiederholte Behauptung, daß auch eine wesentlich vermehrte Streckenbegehung an den Unfällen nichts ändern könne. Trifft das zu, dann bitte ich um Beantwortung der Frage, warum nach unwiderprochenen Protestmeldungen bei der Reise des Herrn Reichspräsidenten nach Dietramszell für jeden Kilometer Gleislänge ein wachhabender Streckenwärter aufgestellt worden ist? Hiernach scheint es, als ob selbst die Reichsbahn verstärkte Streckenwache bzw. Streckenbegehung als ein Mittel zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu würdigen weiß. Vielleicht gibt sie bei dieser Gelegenheit auch Auskunft, wer die 5 Minuten dem Präsidenzzuge vorauslaufende Lokomotive besetzt hat und welcher Betrag dafür geleistet worden ist? Daß die Lokomotive die rund 700 Kilometer lange Strecke zu Lasten der Reichsbahn gefahren haben sollte, kann doch bei der bekannten Sparjamkeit im Reichsbahn-Betriebe nicht angenommen werden.

Alles in allem: Die Attentäter von Leiferde sind gefunden. Das System, dessen Gefahren wie Damocles'scher Schwert über den Häuptern der Reisenden schweben, ist noch nicht gewandelt. Daß es gewandelt werde, ist heiligste Aufgabe aller Kräfte und Kreise, die Einfluss auf diese Dinge haben, insbesondere der Gesetzgebung. Versprechungen der Reichsbahn allein können in diesem Stadium nicht mehr genügen.

Güterzug-Entgleisung.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Am 14. September 11 Uhr 25 Minuten nachts entgleisten auf dem Bahnhof Dhlau beim Aussehen eines Heißlufters sieben Wagen des Güterzugs 6204. Ein Wagen wurde völlig zertrümmert, ein Wagen schwer beschädigt. Personen sind nicht verletzt.

Eine blutige Tragödie im Kohlschacht.

Wie die B. Z. aus Breslau meldet, ist in der Bohin-Grube im Revier Orlowo ein Hauer während der Arbeit in plötzlichen Wahnsinn verfallen, drang auf seine Arbeitskollegen ein, tötete einen und verletzte einen andern so schwer, daß er noch im Schachte verstarb. In dem engen Stollen entstand alshin ein furchtbarer Kampf, in dessen Verlauf der Wahnsinnige selbst und mehrere Arbeiter schwere Verletzungen davontrugen.

Dummerjungenstreich als „Straßenraub“.

Am Mittwoch standen vor dem erweiterten Schöffengericht in Görlitz der Arbeiter Wobus und der Kutsher Klupsch. Wobus wurde des Raubes auf öffentlicher Straße, Klupsch des versuchten Raubes beschuldigt. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 30. März wurde in der Stadthalle in Görlitz eine Biemarschfeier veranstaltet. Auf dem Nachhausewege wurde einem Bureauleiter die Mütze weggenommen. In dieser Sache fand bereits Termin am 21. Juni statt. Der Anklageerretter, Oberstaatsanwalt Otto, beantragte damals gegen den Angeklagten Wobus 5 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust, gegen Klupsch 3 Monate Gefängnis! In dem neuen Termin beantragte der Staatsanwaltsvertreter gegen Wobus Freisprechung, worauf auch erkannt wurde, während Klupsch drei Wochen Gefängnis erhielt. Das Gericht war augenscheinlich im Gegensatz zu dem Zuchthausantrag des Oberstaatsanwalts der Meinung, daß ein Dummerjungenstreich als Straßenraub ausgelegt sei.

Großfeuer in einer Berliner Brauerei.

In der Nacht zum Mittwoch brach in der Genossenschaftsbrauerei in Friedrichshagen Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete und den Dachstuhl eines Neubausendes völlig vernichtete. Die Feuerwehrt, die mit neun Löschzügen und einem Löschboot schnell zur Stelle war, konnte das Feuer nach dreistündiger angestrengtester Tätigkeit eindämmen.

Der deutsche Luftverkehr im August.

Die tägliche Leistung der Verkehrsfluggesellschaft der Deutschen Luft-Hansa im Monat August auf den regelmäßig betriebenen Linien, deren Zahl am Monatsende 64 betrug, steigerte sich gegenüber dem Juliergebnis um etwa 2000 Kilometer auf 38 545 Kilometer. Nimmt man hierzu noch die Streckenleistungen der durchgeführten Sonder- und Rundflüge, so ergibt sich, daß die Luft-Hansa mit ihrem, etwa 120 moderne Verkehrsflugmaschinen umfassenden Flugzeugpark täglich vergleichsweise den Erdball am Äquator umfliegt. Entsprechend wurden im August über 1 Million Kilometer im regelmäßigen Verkehr zurückgelegt. Die Zahl der ausgeführten Starts und Landungen betrug je 7300.

Dollarlegen über Europa.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat festgestellt, daß die amerikanischen Touristen, die im Jahre 1926 Europa besucht haben und noch besuchen werden, insgesamt 700 Millionen Dollar in Europa gelassen haben gegenüber 500 Millionen Dollar im Jahre 1925. Außerdem seien im Laufe des Jahres von den aus Europa nach den Vereinigten Staaten Ausgewanderten 900 Millionen Dollar nach Europa gelangt. Wenn man annimmt, daß durch die Auswanderer und die Touristen durchschnittlich jedes Jahr 1,2 Milliarden Dollar nach Europa gelangen, so ergäbe sich daraus, daß auf diese Weise in 10 Jahren soviel Geld aus Amerika nach Europa komme, als Europa in 68 Jahren an Schulden an Amerika zurückzahlen soll.

Berggrutsch in der Südschweiz. Nach einer Meldung der Postischen Zeitung befindet sich der im Kanton Tessin gelegene, 1700 Meter hohe Monte Albino, an dessen Fuß Bellinzona liegt, seit einiger Zeit von der Talsohle bis zum Gipfel in ständiger

Bewegung. Gemaltige Erdmassen dröhen abzufürzen. Für Bellinzona besteht noch keine direkte Gefahr.

Bier Rinder Opfer eines Windpängerlundes. Nach einer Wittermeldung aus Paris spielten in Betchune vier Geschwister mit einem Windpänger, der noch von der Krieszeit her in dem Garten eines Hauses lag. Das Geschloß explodierte und zwei Knaben im Alter von 9 und 15 Jahren wurden getötet, während die beiden andern schwere Verletzungen erlitten.

Schiffbruch. Daily Mail berichtet aus Callao in Peru, daß der der französischen Compagnie Generale Transatlantique gehörende 10 000-Tonnen-Dampfer „Mach“ mit wertvoller Ladung für Chile in der Höhe von Juan Point in der Nähe von Port Tommas Schiffbruch erlitten hat. Die Besatzung wurde gerettet.

Rattenfarmen in Kalifornien. Nach dem großen Erfolge der Silberfuchsfarmen hat man jetzt in Kalifornien auch den Versuch unternommen, die Ratten im Großen zu züchten. Das Rattenfell ist zur Zeit als Kleiderbesatz in Amerika die große Mode geworden. Die aus der Zucht gewonnenen Rattenfelle kommen gefärbt in den Handel und werden als „Chinchilla“ verkauft.

Polizeinachrichten

Berühmte häßliche Anflansungen. In der Nacht zum 4. September ist in der Eisenbahnstraße, Ecke Bülkestraße, ein Straßenbaum von Unbekanntem, vermutlich aus Uebermut, umgebrochen worden. Wer Dinstelle auf die Later aben kann, wolle sich beim Kriminalamt melden. — Schon mehrmals ist das Blumenbeet auf dem Wobusplatz durch Hunde zertröt worden. Dadurch sind kostspielige Erziehungsarbeiten nötig gewesen. Am 7. September ist dieses Beet derartig durch einen Hund zertröt worden, daß es vollständig ungenutzbar geworden mußte, wodurch ganz beträchtliche Unkosten entstanden sind. Angaben, die zur Ermittlung des Verursachers des Hundes, der diesen schuldlos auf der Straße umherstreifen läßt, dienen können, erbittet das Polizeipräsidium an P. R. VII 2676.

Von einem Pferd geschlagen. Am Montagmorgen ist am Johannisplatz ein Mann beim Vorübergehen an einem haltenden Wochenzug von einem aus unbekannter Ursache plötzlich ausschlagendem Pferde getroffen worden. Er wurde dabei so schwer am linken Oberschenkel verletzt, daß er in das Krankenhaus St. Jakob gebracht werden mußte.

Wer war Zeuge? Beim Verlassen eines Straßenbahnwagens der Linie 2 vor dem Valmenarten ist am Montagmorgen gegen 4 Uhr ein Friseur aus der Emilienstraße von einem Verurteilten von hinten angefahren worden. Er wurde durch daselbstes Auto nach seiner Wohnung gebracht. Später ist ärztlich festgestellt worden, daß der Mann bei dem Unfall drei Rippen gebrochen hat. Der fragliche Kraftwagen ist ein kleiner rotgefärbter Zweifahrer. Wer Zeuge dieses Vorkommens war, und wer Angaben zur Ermittlung des Kraftwagens machen kann, wolle sich beim Kriminalamt melden.

Selbstmordversuche eines Geisteskranken. In der Nacht zum Mittwoch hat ein 26 Jahre alter Sortierer aus Gohlis dreimal versucht, sich auf dem Eisenbahngelände nördlich des Hauptbahnhofes von einem Zuge überfahren zu lassen, ist aber jedesmal durch Bahnbeamte daran verhindert und schließlich der Polizei übergeben worden. Es stellte sich alsdann heraus, daß der Mann geisteskrank ist. Der Bewahnerswerte wurde in die Nervenklinik im Windmühlweg eingeliefert.

Bermittelt wird seit Montag die 22 Jahre alte Dorothea Schariotz, Reudnitz, Oskstraße 50, wohnhaft. Sie ist etwa 1,70 Meter groß, kräftig, hat dichtes schwarzes Haar, schwarze Augen und längliches blaues Gesicht. Bei ihrem Weggange war sie u. a. bekleidet mit bunt großfarbigem Kleid, schwarzen Strümpfen und schwarzen Spangenschuhen. Sie hatte eine Einkaufstasche aus geblumtem Stoff bei sich. Mutmaßlich irrt sie umher.

Im Schlaf betohlen. Auf der Straße zwischen Kulda und Weimar während der Fahrt im D-Zug Frankfurt a. M.—Weimar wurde am Mittwoch früh zwischen 3 und 4,5 Uhr einem Reisenden, der eingeduscht war, keine Brieftasche aus braunem Leder (grün gefärbt), geliehen. In der Brieftasche befanden sich außer 40 RM. Geld und einigen Quittungen ein Reisekreditbrief über 500 RM. ausgehellt von der Stadtgrotalle Jitta, und ein Kellerauß, auf den Namen „Mar Thiele, Jitta“ lautend. Beim Aufstehen dieser Passiere wolle man sofort die Polizei benachrichtigen.

Berichtskalender

Donnerstag, den 16. September 1926:
Bund sog. Freidenker, Connemitt-Löhnig-Döllig, Goldener Stern, Löhnig, 8 Uhr.
Bund sog. Freidenker (Funktionäre), Volkshaus, 1/8 Uhr.
Tageordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Amliche Bekanntmachungen.

Großsch. Es liegt Veranlassung vor, die nachstehend wiedergegebenen Vorschriften des 13. Nachtrages zur Gemeindefeuerverordnung in Erinnerung zu bringen. Die Vorschriften des § 23 werden von jetzt an streng gehandhabt werden.

Stadtrat Großsch., 14. Septbr. 1926.
§ 19.
Die Marke hat der Besitzer dem Hund am Halsband zu befestigen.

§ 23.
Ein Steuerpflichtiger oder ein Besitzer eines nach § 18 letzter Absatz steuerfreien Hundes, dessen Hund ohne gültige Marke am Halsband an Orten, die dem allgemeinen Verkehr dienen, betroffen wird, verfällt einer Geldstrafe bis zu 1000 RM., kraft gesetzlicher Neuordnung jetzt 150 RM.
Ohne gültige Marke am Halsband betroffene Hunde, die nicht gemäß § 18 Absatz 1 steuerfrei sind, können durch vom Stadtrat dazu bestellte Personen weggenommen und, falls die Strafe und die Kosten, sowie gegebenenfalls die Steuer nicht binnen drei Tagen bezahlt sind, getötet oder zugunsten der Stadtkasse verwertet werden.

Großsch. Rattenvertilgung. Aus allgemeinen gesundheitspolizeilichen Gründen wird hiermit für Montag, den 20. September bis Sonntag, den 25. September 1926 eine allgemeine Rattenvertilgung angeordnet. In sämtlichen Schloten des Stadtbezirks, nicht nur in den Häusern, werden die Vertilgungsmittel durch den Kammerjäger Voltmar Bögel, Großsch., aufgestellt werden. Die Eigentümer aller im Stadtgebiete gelegenen Grundstücke sind verpflichtet, dem genannten Kammerjäger an den oben bezeichneten Tagen Zutritt zu gestatten.

Die Kosten für eine Auslegung einschließlich Nachlegung betragen für den Grundstücksbesitzer 1 RM., für Fabriken, Güter und größere Gewerbetriebe wird die Gebühr mit 3 RM. berechnet.

Die Auslegungskosten werden sofort von dem den Kammerjäger beteiligenden Polizeiwachmeister beigegeben.
Für den Fall, daß der Grundstücksbesitzer die Auslegung des Rattenmittels oder den Zutritt durch den Kammerjäger in das Grundstück verweigert, wird diesem eine Polizeistrafe bis 60 RM. angedroht. Eine Weigerung von der Beitragspflicht findet in keinem Falle statt.

Großsch., am 15. September 1926.
Der Stadtrat.

Großsch. Nach § 40 Absatz 2, Nr. 3 des Gewerbesteuergesetzes vom 30. Juli 1926 haben die Steuerpflichtigen auf den Termin 15. September 1926 auf die Gewerbe- und Zulagsteuer des Rechnungsjahres 1926 eine Vorauszahlung vom Betriebsvermögen in derselben Höhe wie an den seitherigen vierteljährlichen Vorauszahlungsterminen bei der Stadtfeuerkasse einzusahlen.
Für die nach dem 22. September 1926 eingehenden Steuerbeträge erwahnen gesetzliche Verzugszuschläge.
Großsch., am 15. September 1926.
Der Stadtrat.

Stellenangebote

Wir bieten noch einigen Damen und Herren jeden Standes gute und dauernde Existenz als Verkäufer unserer erstkl. Erzeugn. (tägl. Bedarfsartikel) an Privatkundschaft „Lanzett“-Vertrieb P. Thielbeer, Leipzig-Gohlis, Briestraße 24, I.

Billig! Billig!

Mein Geschäftsprinzip!

Kakao	1 Pfd. von 43 an
Bonbon	1 Pfd. von 50 an
Kokosfloeken	1 Pfd. 65 an
Kokosfloeken mit Schokolade	1 Pfd. 90 an
Crem-Pralinen	1 Pfd. 70 an
Crem-Bruch	1 Pfd. 70 an

Geringere Quantitäten ca. 10% Aufschlag.
Speise-Schokolade 4 Tl. 1.00
Vollmilch-Schokolade 3 Tl. 90 an
Vollmilch-Nuß 3 Tl. 1.10
Halbsüß 3 Tl. 1.00
Mokka 3 Tl. 1.10
Bitter 3 Tl. 1.10

Alles andere wie bekannt billigst!
Walter Thalwitzer

Im Durchgang: Petersstr. 44 - Schloßgasse 12/14
(Passage direkt neben Speyers Schuhwarenhaus)

Tapeten
jetzt teilweise 50 Proz. herabgesetzt
Wachstuche
jetzt □ von 1.60 Mk. an
Linoleum
Teppiche Läufer
9.- Mk. an 2.- Mk. an
Riesenauswahl.

Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99
an der Elisabethstraße.

Tüchtige
Ofenfeker
für Neubauten
Kohlstränge sucht
Ernst Schwaab

Heimarbeit
Händeln von Glas-
bildern nur f. geübte
bei Thiele, Bergstr. 27

Verkäufe

Tabell.Smokinganzug
u. neue br. 9. Halb-
schuhe Gr. 40 v. bill.
Brodbausstr. 22, I. r.

Maurer-
Kleidung, Werkzeuge
Roost, Schirmerstr. 23, Lad.

Diverses

Alte Hüte
umform. a. neue
Modelle l. einig.
Taschen v. 2.50 an
Hüte-Umpresseri
Helene Lauckner
15 Promenadstr. 15

Vermietungen

Jedl. Zimmer a. jung.
anft. Mann zu verm.
Kittgenstr. 25, II. W.

1/2 Pfd. 50 Pf.
FEINKOSTMARGARINE
Blauband
Statt Butter
FÜR'S
FRÜHSTÜCK
FRISCH GEKIRNT